

FÖS-NEWS 49 – SEPTEMBER 2009

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCH-SOZIALEN FINANZREFORM

GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Chefredakteur: Kai Schlegelmilch

Redakteure: Damian Ludewig, Ricarda Wasielewski

FÖS-Vorstand: Dr. Anselm Görres, Kai Schlegelmilch, Florian Prange, Dörte Fouquet, Bettina Meyer, Martin Weiß

Seestr. 116 D-13353 Berlin www.foes.de und www.eco-tax.info

Fon +49-30-510530-80 Fax +49-03-510530-79 e-Mail: foes@foes.de

Fanden Sie diese Ausgabe nützlich? Wollen Sie helfen, dass wir derartige Informationen weiterhin zur Verfügung stellen? Dann unterstützen Sie uns bitte durch eine Spende! Unser Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000. ISSN 1867-0776

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG.....	2
2.	FÖS IN DEN MEDIEN	3
3.	UMWELTPOLITIK IN DER WIRTSCHAFTSKRISE	6
4.	„UMWELTPRÄMIE“	13
5.	ÖFR DEUTSCHLAND	16
6.	ÖFR INTERNATIONAL.....	18
7.	ATOMENERGIE	19
8.	ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK	22
9.	LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN	26
10.	TERMINE	29
11.	FREIE STELLEN.....	30

Jochen Flasbarth, neuer Präsident des Umweltbundesamtes, gegenüber der Berliner Zeitung am 1.9.2009:

„Der Benzinpreis bildet noch lange nicht die ökologische Wahrheit ab. Ich bin dafür, die Ökosteuer als Teil einer umfassenden ökologischen Finanzreform schrittweise zu erhöhen. Die Schritte müssen allerdings moderat sein, das ökonomische Optimum ist gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Außerdem muss das sinnvoll in ein Gesamtkonzept eingebunden sein.“

Quelle: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0901/politik/0007/index.html>

1. EINFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl naht und noch ist völlig offen, wer unser Land nach dem 27. September regieren wird. Wahlprogramme sind zwar alle zu lang um sie wirklich zu lesen und gleichzeitig zu oberflächlich, um nach dem Lesen wirklich informiert zu sein. Aber wer genau hinschaut merkt, dass es gerade aus Perspektive einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft Unterschiede gibt: Es gibt Parteien, die fordern doch zumindest den verstärkten Einsatz einiger ökofiskalischer Instrumente, während andere Ökosteuern drastisch senken wollen (siehe Kapitel 1). Aber ein schlüssiges Konzept, wie die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise gegenfinanziert werden sollen, das legt keine Partei in ihrem Programm dar.

Dabei wurden der Abbau umweltschädlicher Subventionen und die Anhebung von Umweltsteuern nicht nur helfen die Haushaltskrise in den Griff zu bekommen, sondern gleichzeitig zur Lösung eines zweiten Problems beitragen: Die bisherigen Ansätze zu einer deutlichen Senkung des CO₂-Ausstoßes sind noch völlig unzureichend. Gegen die Marktsignale wird ein massiver Umbau unserer Wirtschaftsweise aber kaum realisierbar sein.

Und zumindest die Ergebnisse einer Ökologischen Finanzreform sind bei der Bevölkerung höchst populär: Infratest-Dimap hat im Auftrag der Klima-Allianz ermittelt, dass es für 92 Prozent der Wähler für ihre Wahlentscheidung wichtig oder sogar sehr wichtig ist, dass eine Partei "die Wirtschaft bei Investitionen in klimafreundliche Technologien und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich maßgeblich unterstützt." 41 Prozent der Befragten, die sich normalerweise als Nicht-SPD-Wähler einstufen, könnten sich sogar vorstellen doch für die Sozialdemokraten zu stimmen, wenn die sich für grüne Jobs und erneuerbare Energien engagieren und Deutschland zu einer internationalen Führungsrolle bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen bringen. Die Zahlen für die CDU liegen nur knapp darunter (39 Prozent).

Grund genug sich diesem Thema während der Koalitionsverhandlungen ausführlicher zu widmen: Am Freitag, den 9. Oktober 2009 werden

wir auf einer vom Umweltbundesamt geförderten Konferenz mit dem Titel „Ökonomische Instrumente im Umweltschutz und Soziale Gerechtigkeit – Europäische Vorbilder und Perspektiven für Deutschland“ im Dietrich-Bonhoeffer-Haus Berlin den möglichen Beitrag ökofiskalischer Instrumente zur Krisenfinanzierung und zur ökologischen Modernisierung diskutieren. Es freut uns, dass wir für die Konferenz u.a. schon Hans Diefenbacher (Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland), Michael Kauch (umweltpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion) und Christine Scheel (stv. Fraktionsvorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion) gewinnen konnten. In drei Workshops zu den Themen ökonomischer Instrumente im Flugverkehr, Kernbrennstoffsteuer sowie Abschmelzung des Dienst- und Firmenwagenprivilegs wollen wir konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeiten (siehe Kapitel 9).

Einen prominenten Beitrag zum Thema Subventionsabbau haben wir am 3. September mit der Vorstellung unserer für Greenpeace erstellten Studie „Staatliche Förderungen der Atomenergie im Zeitraum 1950 – 2008“ geleistet (siehe Kapitel 1). 165 Mrd. Euro direkter oder indirekter Subventionen sind in Deutschland in den letzten Jahrzehnten in die Atomenergie geflossen. Wer kann da noch behaupten, Atomkraft sei billig?

Mehr Informationen zu diesen und weiteren Aktivitäten können Sie wie immer unserer Homepage unter www.foes.de entnehmen.

Nun wünschen wir aber erstmal eine interessante Lektüre mit der neuesten Ausgabe der FÖS-News!

Ihr FÖS-Redaktionsteam

2. FÖS IN DEN MEDIEN

Steuermilliarden für die Atomkraft

FÖS-Studie im Auftrag von Greenpeace deckt Höhe der staatlichen Atomsубventionen auf

[taz, 3.9.2009, Berlin] Die bisher feststehenden Kosten der Förderung von Atomenergie in Deutschland belaufen sich auf 258 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die von der Umweltorganisation Greenpeace in Auftrag gegeben wurde, um die realen Kosten der Atomkraft offen zu legen. Die Bundesregierung habe die Höhe der Subventionen hingegen nur auf 200 Millionen Euro beziffert.

Die in der Studie ermittelte Gesamtsumme umfasst die realen Fördermittel von 165 Milliarden Euro bis 2008, die sich wiederum aus direkten Finanzhilfen des Bundes wie Forschungsförderung, Kosten für den Betrieb der Endlager Asse II und Morsleben oder die Stilllegung der ostdeutschen Atommeiler zusammensetzen. Hinzu kommen bereits heute bekannte zukünftige Kosten von mindestens 92,5 Milliarden Euro.

Doch auch hierbei sei noch nicht das ganze Bild erfasst, sagte Sebastian Schmidt vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Die reale Summe dürfe sehr viel höher liegen, da in diesem Betrag die externalisierten Kosten noch nicht eingerechnet seien. Dazu gehören etwa Aufwendungen für Krankheiten der in unmittelbarer Nähe eines Atomkraftwerks lebenden Menschen, die Degradierung der Umwelt oder die fehlende Haftung im Falle eines Atom-GAUs. Die exakte Bestimmung dieser Kosten ist jedoch schwierig.

Mit der Studie liege erstmals eine umfassende Bilanzierung der staatlichen Atomsубventionen vor, erklärte Andree Böhling, Energie-Experte bei Greenpeace. Die erhebliche Differenz zu den Angaben in den Subventionsberichten des Finanzministeriums erklärte er mit dem äußerst eng gefassten Subventionsbegriff der Regierung, in dem diverse Posten wie spezielle Steuervergünstigungen nicht berücksichtigt würden. Das Deutsche Atomforum wies hingegen den Subventionsbegriff von Greenpeace als „haarsträubend“ zurück. Ausgaben wie die Sanierung des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen oder

Fusionsforschung dürften nicht einberechnet werden.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) begrüßte das Greenpeace-Gutachten und forderte Konsequenzen. „Es kann nicht sein, dass die Gewinne aus der Atomenergie privatisiert und die Kosten für Schäden sozialisiert werden.“ Um die Atomwirtschaft an den Kosten zu beteiligen, sei eine Steuer auf Kernbrennstoffe notwendig.

Greenpeace forderte die Bundesregierung zu größerer Transparenz bei der Offenlegung der in die Atombranche geflossenen Subventionen auf. In Zukunft sollen Fördermittel zudem nur noch der Nutzung erneuerbarer Energien und effizienterer Brennstoffe zugutekommen.

Eine Konsequenz aus den massiven Subventionen für Atomenergie ist laut Böhling schließlich die Behinderung eines Ausbaus erneuerbarer Energien. Bislang beanspruchten deren Nutzung und Forschung zwar auch Fördergelder, doch könnten diese jährlich abnehmen und zeitlich begrenzt werden.

Die Studie soll die These widerlegen, dass Atomkraft entgegen der Meinung ihrer Befürworter den billigsten Weg zur Stromerzeugung darstelle. Die großen Gewinner seien im Endeffekt nur die Energiekonzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW, die seit 2002 Gewinne von 100 Milliarden Euro eingefahren hätten - auf Kosten der Allgemeinheit. „Die Stromkonzerne kassieren bei den Bürgern gleich zweimal ab“, sagte Böhling. „Als Stromverbraucher und als Steuerzahler.“

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/atomkraft-kostet-258-milliarden-euro/>

Die Studie „Staatliche Förderung der Atomenergie“ können Sie unter folgendem Link herunterladen:

http://www.foes.de/pdf/90903-Subventionen_Atomkraft_Endbericht.pdf

Weitere Berichterstattungen zur Studie finden Sie unter anderem hier:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/Atomkraft-Greenpeace;art771,2891129>

[\[line.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1921173_Atomstrom-Von-wegen-billig.html\]\(http://www.fr-on-line.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1921173_Atomstrom-Von-wegen-billig.html\)](http://www.fr-on-</p>
</div>
<div data-bbox=)

[GREEN BUDGET GERMANY \(GBG\) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V. \(FÖS\)](http://www.focus.de/politik/deutschland/atom-</p>
</div>
<div data-bbox=)

[asse-schliessungskonzept-soll-noch-2009-vorliegen_aid_432376.html](http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11600026/485072/Kostenexplosion-bei-finnischem-Atomkraftwerk-Greenpeace-legt-Studie-vor.html)

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11600026/485072/Kostenexplosion-bei-finnischem-Atomkraftwerk-Greenpeace-legt-Studie-vor.html>

http://www.hna.de/politikstart/00_20090903193831_Gabriel_Kein_Asse_Ausweg_ohne_Risiko.html

<http://rhein-zeitung.de/on/09/09/03/news/t/rzo611355.html?markup=rzo611355>

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1028025/>

Auch das Bundesumweltministerium hat auf unsere Studie mit einer Pressemitteilung reagiert, siehe „7. Atomenergie“.

Interview mit Kai Schlegelmilch im France 5

[France 5, 27. September 2009] Der französische TV-Sender France 5 führte am 27. September 2009 ein Interview mit dem stellvertretenden FÖS-Vorsitzenden Kai Schlegelmilch. In dem Gespräch ging es um die Ökologische Finanzreform in Deutschland, insbesondere die CO₂-Steuer. Die Sendung hat eine Dauer von 70 Minuten. Das Interview mit Kai Schlegelmilch befindet sich an der 43. Minute des französischen Fernsehmagazins. Die gesamte Sendung und das Interview können Sie unter folgenden Link sehen: http://www.france5.fr/c-dans-l-air/index-fr.php?page=resume&id_rubrique=1237

An dieser Stelle ist auf den Artikel “Frankreich führt die CO₂-Steuer ein” im 6. Kapitel dieser FÖS-News hinzuweisen.

Wie Parteien auf die Krise reagieren

[Damian Ludewig, Umwelt aktuell, Ausgabe 08/09.2009] Solange die Marktwirtschaft Umweltzerstörung belohnt, ist eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes, des Flächenverbrauchs oder des Artenschwunds nicht zu schaffen. Doch keine Partei traut sich, unpopuläre Maßnahmen schon vor der Wahl anzukündigen – dabei hätte sie gute Argumente auf ihrer Seite.

Eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 95 Pro-

zent in den nächsten 40 Jahren macht sich nicht nebenher. Auch das Problem des Artenschwunds ist nach wie vor ungelöst. Diese und weitere Umweltprobleme in einer Marktwirtschaft können nicht gelöst werden, solange die finanziellen Anreize dagegenstehen. Wenn eine Gemeinde sich maßgeblich durch Bauland finanzieren muss, wird es keine Verringerung des Flächenverbrauchs geben. Solange der Kauf von Umweltprodukten teurer ist als die Ausbeutung von Mensch und Natur zugunsten von Ramschprodukten, helfen Aufklärungsarbeit und Appelle nur bedingt weiter. Wir brauchen eine umfassende Ökologisierung der Steuer- und Finanzpolitik.

Noch immer finanziert sich der Staat zu mehr als zwei Dritteln durch die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben, während Steuern auf Naturverbrauch zu weniger als zehn Prozent zu den Staatsfinanzen beitragen. Aber statt zu versteuern, was wir fördern wollen (Arbeitsplätze), sollten wir besteuern, was wir reduzieren wollen (Naturverbrauch). Umweltschädliche Subventionen wie Ausnahmen bei der Ökosteuer oder staatliche Zahlungen für die Kohle belaufen sich nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Deutschland auf 34 Milliarden Euro jährlich. Das Umweltbundesamt kommt auf 42 Milliarden – das ist mehr, als der Staat durch Umweltsteuern einnimmt. Auch wenn wir Ordnungsrecht in vielen Bereichen brauchen – ohne massive Korrektur struktureller Fehlanreize wird uns der Schutz von Umwelt und Natur nicht gelingen.

Die Bundesregierung hat die Chancen zusätzlicher Staatsausgaben für die Ökologisierung des Wirtschaftens unzureichend genutzt. Nach einer Studie des FÖS können nur 13 Prozent der Konjunkturpakete I und II als nachhaltig bezeichnet werden. Zentrale Frage in den nächsten Monaten ist, wie der Staat die Mehrausgaben für seine Konjunkturprogramme gegenfinanziert. Wir brauchen Steuern, die helfen, Probleme zu lösen, und die mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Anreize schaffen, statt Probleme zu verschärfen oder verursachen. Dazu gehören neben Umweltsteuern auch Börsenumsatz- und Vermögenssteuer. Umweltsteuern helfen, die Klimakrise zu verhindern, soziale Steuern vermindern das Risiko von Finanzkrisen und führen zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Soziale Sicherheit ist Grundvoraus-

setzung für die Akzeptanz ökologischer Reformpolitik.

Die Wahlprogramme der Parteien unter der Lupe

Die Parteien werden diesen Herausforderungen nur unzureichend gerecht. Am stärksten verankert ist der Gedanke einer Ökologisierung der Steuer- und Finanzpolitik im Wahlprogramm der Grünen. Er nimmt zwar nicht mehr den zentralen Stellenwert ein wie in früheren Zeiten, aber eine halbe Seite ist das Thema der Partei wert. Viele Themen wie Abschaffung der Entfernungspauschale, Reform der Dienstwagenbesteuerung, Einführung einer Steuer auf Kernbrennstoffe oder die Ökologisierung der Gemeindefinanzen werden genannt. Auch in den tatsächlichen Abstimmungen im Bundestag setzte sich die Grünen-Fraktion bisher am stärksten für eine ökologische Finanzreform ein.

Die Linkspartei hat zumindest einige Aspekte einer ökologischen Finanzreform aufgegriffen. Im Vordergrund steht zwar das Soziale, Ökologie wird aber spürbar als Querschnittsthema gesehen. Die Linke fordert, „bezahlbare Energie und Mobilität“ müsse „auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben“. Doch sie scheint verstanden zu haben, dass soziale Umweltpolitik nicht heißt, Energieverbrauch möglichst billig zu machen, sondern mit Einnahmen aus Umweltsteuern oder Zertifikateversteigerungen für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Während die Partei im Europaprogramm noch für die Abschaffung des Emissionshandels plädierte, übt sie nun nur noch berechtigte Kritik, indem sie „Besteuerung der Extraprofite der Energiekonzerne“ und „Versteigerung statt kostenlose Vergabe von Emissionszertifikaten“ fordert. Die Erlöse will sie für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einsetzen. Die Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr soll auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent gesenkt, im Gegenzug der Flugverkehr wesentlich belastet werden. Das praktische Handeln sah in der letzten Legislaturperiode jedoch oft anders aus: Während die Linkspartei im Kampf gegen „Windfall Profits“ und mangelnde Versteigerung im Emissionshandel durchaus Vorreiter war, hat sie gleichzeitig die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale gefordert und auch die Ab-

senkung der Steuer auf Agrardiesel unterstützt. Abbau umweltschädlicher Subventionen sieht anders aus.

Bei der SPD taucht das Thema ökologische Finanzreform im Wahlprogramm quasi nicht auf. Lediglich ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz wird angekündigt, das „klare und verlässliche Anreize im Steuerrecht für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien“ schaffen soll. Die SPD legt klare Bekenntnisse zu Steinkohlesubventionen und zum Neubau von Kohlekraftwerken ab. Aber sie will ein großes Pilotvorhaben zum Test von Flächenzertifikaten starten. Auch Energiesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen zu binden, ist zu begrüßen. Insgesamt bleibt das Programm schwammig mit wenig konkreten Maßnahmen. Auch die Bilanz der letzten Legislaturperiode ist durchwachsen: Beim Abbau umweltschädlicher Subventionen gab es Fortschritte etwa beim Auslaufen der Eigenheimzulage und dem Versuch, die Pendlerpauschale deutlich zu kürzen. Insgesamt ist aber zu wenig passiert, zum Teil sind auch Rückschritte zu verzeichnen. So führt die Kfz-Steuerreform zu Entlastungen der Autofahrer und auch die Steuer für Agrardiesel wurde gesenkt.

Die CDU/CSU bekennt sich abstrakt zu ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz: „Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen.“ Im Detail ist sie dann aber dagegen: „Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird es mit CDU und CSU nicht geben.“ „Wir werden dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung der Steuersenkung beim Agrardiesel aufgehoben wird und die Entlastung dauerhaft wirksam ist.“ Auch bei den Fortschritten, die es in den letzten vier Jahren gab, ist die CDU/CSU selten als progressiver Part aufgetreten.

Die FDP tritt für eine massive Senkung (nicht mehr Abschaffung) der Ökosteuer ein. Selbst die Mehrwertsteuer auf Energie soll auf sieben Prozent gesenkt werden. Positiv ist, dass die FDP den Emissionshandel auf andere Sektoren ausweiten will. Die FDP-Überlegung scheint allerdings folgende zu sein: Wenn der Verkehrssektor in den Emissionshandel einbezogen wird, können wir alle anderen Instrumente ablehnen und über den

Clean Development Mechanism billige CO₂-Einsparungen im Ausland vornehmen, sodass Deutschland „business as usual“ betreiben kann.

Weder rosig noch grün

Insgesamt sind die Aussichten weder rosig noch grün. Bleibt die vage Hoffnung, dass es nach einer Wahl einfacher ist, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, als diese vor der Wahl anzukündigen. Vielleicht fasst sich die neue Bundesregierung ja doch ein Herz und stärkt öko-fiskalische Instrumente, statt die Mehrwertsteuer weiter anzuheben – dann hätte sie zumindest die besseren Argumente auf ihrer Seite.

<http://www.dnr.de/publikationen/umak/artikel.php?id=88>

3. UMWELTPOLITIK IN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Umweltgerechtes Verhalten muss mehr belohnt werden!

Deutschland rangiert im europäischen Vergleich an vorletzte Stelle

[Landesnaturausschutzverband Baden-Württemberg e. V., 4.9.2009, Stuttgart] Nach Auffassung des Landesnaturausschutzverbandes Baden-Württemberg (LNV) hat es die Politik auf Bundesebene in den letzten Jahren versäumt, das Instrument „Ökosteuern“ zugunsten des Wirtschaftsstandortes Deutschland weiterzuentwickeln. „In der jetzigen Krise stellt es sich immer mehr heraus, dass alle Branchen, die ökonomische mit ökologischen Erfordernissen verknüpfen, unter der Rezession deutlich weniger zu leiden haben“, konstatierte der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret. Wer in der Vergangenheit steuerliche Anreize dazu genutzt habe, in effiziente und Ressourcen schonende Anlagen zu investieren, der profitiere gerade in den jetzigen „schlechten Zeiten“ in besonderem Maße davon.

Der LNV hält es deswegen für richtig, das Instrument der Ökosteuern weiter auszubauen bzw. auf andere Bereiche zu übertragen, wie es aktuell vom neuen Präsident des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth gefordert wurde. Der LNV-

Referent für Finanz- und Wirtschaftsfragen, Prof. Dr. Hans Diefenbacher von der Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft schlägt dazu vor, in den nächsten Jahren konsequent die Besteuerung von nicht erneuerbaren Energieträgern zu erhöhen und im Gegenzug dafür die Besteuerung von Arbeit abzusenken. „Eine solche Veränderung des Steuersystems muss für alle langfristig klar vorhersehbar sein, damit sich die Unternehmen in ihren Entscheidungen auch darauf einstellen können“, so Diefenbacher.

Untermauert wird diese Forderung von einer gerade erschienen Studie der EU-Kommission: Daran geht hervor, dass Deutschland seiner oft unterstellten Vorreiterrolle für eine ökologisch und soziale Politik hier in keinsten Weise gerecht wird: Setzt man demnach – ausgehend vom Gesamtsteuerrückkommen – den Anteil der Ökosteuern ins Verhältnis zur Besteuerung der Arbeit, rangiert Deutschland unter den 27 Mitgliedsstaaten zulasten von Arbeit und Umwelt an vorletzter Stelle.

Zwingende Voraussetzung bei der Umsetzung dieser Vorschläge ist nach Ansicht des LNV das Gebot einer strikten Aufkommensneutralität. Die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger darf sich in der Summe nicht ändern, wenn das Steuersystem insgesamt ökologisiert und damit zukunftsgerichtet ausgestaltet wird.

Der LNV-Vorsitzende ist sich bewusst, dass er mit diesem Thema ein „heißes Eisen“ anpackt. „Wenn die Politik dem Bürger jedoch Be- und Entlastung gleichzeitig und gleichrangig kommuniziert, wird die Bevölkerung die Weiterentwicklung der Ökosteuern als sinnvolle und notwendige Maßnahme akzeptieren“, so Reiner Ehret abschließend.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090904-oekosteuer.pdf

Die Studie der EU-Kommission:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st11/st11505-ad01.en09.pdf>

„Ich bin doch nicht Everybody's Darling“

Wie der Chef des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, den Klimaschutz vorantreiben will

[Jörg Michel, Berliner Zeitung, 1.9.2009] Heute

erhält Jochen Flasbarth, 47, vom Bundespräsidenten die Ernennungsurkunde: Der neue Präsident des Umweltbundesamtes ist der wichtigste Ratgeber der Bundesregierung in umweltpolitischen Fragen. Seine Behörde in Dessau gilt als kritisch, unbequem aber parteipolitisch neutral. Diese Linie will der langjährige Chef des Naturschutzbundes (Nabu) beibehalten.

Herr Flasbarth, wie ist es so als oberster Öko-Mahner der Republik?

Vor 25 Jahren bin ich als Vorsitzender der Naturschutzjugend zum ersten Mal im Umweltbundesamt gewesen. Damals hätte ich mir nicht träumen lassen, hier einmal auf dem Chefsessel zu sitzen.

Oft sind Sie anderer Meinung als die Kanzlerin: in Sachen Kernenergie etwa. Wie sehr wollen Sie Angela Merkel auf die Nerven gehen?

In den langen Linien der Umweltpolitik gibt es in Deutschland ja durchaus einen weitgehenden Konsens. Das betrifft etwa den Klima- oder Gesundheitsschutz. Bei anderen Themen wie dem Atomausstieg oder auch in der Verkehrspolitik gibt es aber auch große Unterschiede –manchmal zwischen den Parteien, manchmal auch quer durch die Parteien. Die Politik muss schon ertragen, dass ich mich auch ungefragt zu Wort melde. Manchmal gibt es bei Regierenden ja die Verlockung, sich Expertisen ihrer Fachbehörden so aufschreiben zu lassen, wie sie sie gerne hätten. Das haben meine Vorgänger nicht getan. Das werde ich auch nicht tun.

Schwarz-Rot hat wichtige Projekte liegen gelassen, wie das Umweltgesetzbuch oder das Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CCS). Wäre eine andere Koalition besser für die Umwelt?

Die große Koalition war umweltpolitisch erfolgreich. Sie hat trotz Finanzkrise ernsthaft Klimaschutzpolitik gemacht, stellt jährlich eine halbe Milliarde Euro für den internationalen Naturschutz zur Verfügung. Für das Umweltgesetzbuch brauchen wir einen neuen Anlauf und für das CCS-Gesetz mehr Zeit für die gesellschaftliche Debatte.

Das wird Ihre ehemaligen Kollegen aus den Umweltverbänden aber gar nicht freuen. Die sind strikt gegen die CCS-Technologie.

Ich bin doch nicht Everybody's Darling! Man sollte CCS vor allem im internationalen Kontext nicht

vorschnell verurteilen, offene Fragen aber schnell klären. Neben Sicherheitsfragen geht es auch um die der Nutzungskonkurrenzen zum Beispiel mit der Geothermie.

Welches ist das wichtigste umweltpolitische Projekt, das die neue Bundesregierung anpacken muss?

Der Klimaschutz, ganz klar.

Die Projekte der Koalition sind aber nicht genug, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht. Wo muss nachgebessert werden?

Wir haben viel erreicht. Die beschlossenen Maßnahmen reichen für ein Minus von 35 Prozent bis 2020. Darauf kann man stolz sein. Für die fehlenden fünf Prozent und meine Vision einer CO₂-neutralen Gesellschaft bis 2050 müssen wir radikal sparsamer mit Rohstoffen und Ressourcen umgehen. Wir müssen zum Beispiel den Verkehrsbereich und die Landwirtschaft stärker einbeziehen.

Wie denn?

Als Verbandsvertreter glaubte ich lange, man könnte das allein über den Preis regeln, indem man einfach Benzin teurer macht. Doch ich habe mittlerweile gelernt: Das allein funktioniert nicht.

Sehen Sie keinen Spielraum mehr für eine höhere Ökosteuer?

Doch schon. Der Benzinpreis bildet noch lange nicht die ökologische Wahrheit ab. Ich bin dafür, die Ökosteuer als Teil einer umfassenden ökologischen Finanzreform schrittweise zu erhöhen. Die Schritte müssen allerdings moderat sein, das ökonomische Optimum ist gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Außerdem muss das sinnvoll in ein Gesamtkonzept eingebunden sein.

Wie soll das aussehen?

Eigentlich gehört beim Verkehr ein Tempolimit dazu oder nach wie vor die Abschaffung der Entfernungspauschale außer in Härtefällen. Wenn die Politik das für schwer vermittelbar hält, dann muss sie andere Vorschläge machen.

An welche denken Sie?

Zum Beispiel an die bessere Förderung des Güterverkehrs auf der Schiene und des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Lkw-Maut muss weiter erhöht und auf mehr Bundesstraßen ausgedehnt werden. In Ballungsräumen sollte man über eine City-Maut nachdenken.

An die Treibhausgase aus der Landwirtschaft hat sich bislang noch keine Regierung gewagt. Kann das so weitergehen?

Die Landwirtschaft ist für 13 Prozent aller Klimagas-Emissionen in Deutschland verantwortlich, wenn man zum Beispiel die Düngemittelproduktion oder den Diesel für Traktoren mit einrechnet. Ich plädiere dafür, die allgemeinen Minderungsziele auch auf die Landwirtschaft auszuweiten. Bis 2020 sollte auch sie ihre Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.

Wie wollen Sie die Reduzierung denn erreichen?

In keinem Sektor steckt so viel öffentliches Geld wie in der Landwirtschaft. Da liegt es nahe, Subventionen künftig an konkrete Klimaschutzleistungen zu knüpfen. Das betrifft etwa eine schonende Bodenbearbeitung, maßvolle Düngung, mehr Ökolandbau oder die nachhaltige Viehhaltung. Wir sollten auch diskutieren, ob emissionsintensive Höfe langfristig nicht in den Emissionshandel einbezogen werden sollten.

Müssten wir nicht auch weniger Steaks essen? Immerhin produzieren Rindermägen massenhaft klimaschädigendes Methan, für Futtermittel werden Urwälder abgeholzt.

Ich will das niemandem vorschreiben. Ich weise aber darauf hin, dass für ein Kilogramm Rindfleisch etwa die zehnfache Menge an hochwertigem Futter wie Soja angebaut werden muss und 15 000 Liter Wasser nötig sind. Den Italienern, die deutlich weniger Fleisch konsumieren, geht es kulinarisch wirklich nicht schlechter als uns.

Brauchen wir die CO₂-arme Kernenergie für den Klimaschutz?

Nein. Man kann die Klimaziele auch dann erreichen, wenn man am Atomausstieg festhält und auf den Neubau von Kohlekraftwerken verzichtet. Meine Experten haben das durchgerechnet: Es muss keine Stromlücke entstehen, wenn wir effizienter werden und den Ausbau der erneuerbaren Energien viel stärker vorantreiben.

Sollte es beim Atomausstieg bleiben?

Auf jeden Fall. Die Kernenergie ist schon wegen der ungelösten Entsorgungsfrage keine nachhaltige Energieform. Man sollte den mühsam gefundenen gesellschaftlichen Konsens dazu nicht aufgeben.

Werden Sie das der Kanzlerin, falls sie im Amt bleiben sollte, auch so nach der Wahl sagen?

Ja. Wir denken langfristig und nicht entlang von Wahlterminen.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0901/politik/0007/index.html>

„Die reiche Welt hat viel gutzumachen“

UN-Umweltchef Achim Steiner über Fehler beim Klimaschutz

[Markus Balsler, Süddeutsche Zeitung, 10. August 2009] Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) warnt vor der ökologischen Katastrophe. Der internationale Klimaschutz drohe angesichts der globalen Finanzkrise unter die Räder zu kommen, warnt Generaldirektor Achim Steiner. Stillstand in der Klimapolitik sei ein „historischer Fehler“. Steiner fordert im Interview mit der Süddeutschen Zeitung einen radikalen ökologischen Umbau der Weltwirtschaft. Andernfalls drohten der Kollaps ganzer Ökosysteme, die rasche Ausbreitung von Krankheiten und Flüchtlingsströme bislang unbekanntem Ausmaßes.

SZ: Herr Steiner, die Welt steckt 3000 Milliarden Euro in die Rettung ihres Finanzsystems. Hat das grüne Weltgewissen schon mal neidvoll Nullen gezählt?

Steiner: Ja tatsächlich. Sage und schreibe zwölf hinter der drei.

Italiens Ministerpräsident Berlusconi findet, wer da noch ans Klima denkt, gebe den Patienten mit Lungenentzündung, der sich eine Dauerwelle wünscht. Kommt der internationale Klimaschutz unter die Räder?

Die Gefahr besteht, und es wäre eine Tragödie. Faule Kredite sind ohne Frage ein großes Problem, aber letztlich nicht vergleichbar mit der Herausforderung, unser Klima zu retten. Wer behauptet, wir könnten uns Klimaschutz nicht mehr leisten, macht einen historischen Fehler.

Wie viel Zeit bleibt zum Handeln?

Sie rinnt uns wie Sand durch die Finger. Der Globus heizt sich Tag für Tag auf. Schon jetzt lässt sich nur noch beeinflussen, wie gravierend der Klimawandel wird. Eine Erwärmung um fast ein Grad ist nicht mehr zu verhindern. Historiker

werden uns eines Tages daran messen, ob wir jetzt die Zukunft der Menschheit aufs Spiel setzen. Vielleicht werden sich unsere Enkelkinder fragen: Wie konnte eine Generation, die das Wissen, die Möglichkeit, die Mittel und die Technik hatte, einfach nicht handeln?

Was wäre die Konsequenz?

Die Szenarien sind nur schwer vorstellbar: Ganze Ökosysteme können kollabieren, steigende Meeresspiegel Städte und Häfen bedrohen. Wenn Gletscher im Himalaja abschmelzen, gefährdet das die Lebensgrundlage von Hunderten Millionen Menschen. Viele Arten werden aussterben, Krankheiten wie Malaria verändern ihr Erscheinungsbild und breiten sich rascher aus. In Südeuropa und Afrika drohen verheerende Dürren, in Nordeuropa starke Niederschläge und Stürme.

Der Raubbau geht ungebremst weiter. Noch immer steigen die Emissionen, statt zu sinken. Allein während dieses Interviews werden tausend Hektar Regenwald abgeholzt. Warum wirken Ihre dramatischen Appelle nicht?

Nicht nur die Appelle, sondern auch die Ergebnisse der Wissenschaft beginnen sehr wohl in der Öffentlichkeit zu wirken, aber die politische Bereitschaft zu handeln ist zu schwach. Vielleicht, weil sich die Gefahren schleichend nähern, nicht wie bei der Finanzkrise mit einem Paukenschlag. Dabei sind die ökonomischen Risiken noch größer: Klimawandel und Armut könnten zu Flüchtlingsströmen bislang unbekanntem Ausmaßes führen. Wir werden erleben, dass Gesellschaften 20 oder 30 Millionen Menschen umsiedeln müssen. Es drohen Milliardenschäden und Instabilitäten, vor denen sich kein Land schützen kann.

Wissenschaftler fordern eine radikale Umkehr: 80 Prozent weniger Emissionen in den Industriestaaten bis 2050. Ist das wirklich machbar?

Ja, und wir haben dafür genug Beispiele. In den nächsten zehn Jahren müssen wir die Emissionen stabilisieren. Dafür müssen die Industrieländer ihren Ausstoß bis 2020 um 20 bis 40 Prozent senken. Das wird der erste große Klimaschritt.

Wie soll das klappen: Weniger Flüge, weniger Autofahrten – Verzicht also?

Nein, es geht um mehr. Wir müssen unsere Art zu wirtschaften ändern. Das alte System, Umwelt-

schäden nicht ökonomisch zu erfassen, hat ausgedient. Nachhaltig zu wirtschaften bedeutet vor allem, effizienter zu handeln. Dieser Leitgedanke eröffnet für die Volkswirtschaft wie auch Unternehmen enorme Möglichkeiten, mit neuen Technologien und Verfahren neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen einen grünen ‚New Deal‘, eine Kraftanstrengung mit öffentlichen Investitionen wie in den USA in den 30er Jahren gegen die Große Depression. Das Ziel: Wachstum in grünen Branchen schaffen.

Und wer zahlt das?

Ein Drittel der Konjunkturpakete weltweit könnte aus Sicht der UNEP in den grünen Umbau der Ökonomien fließen. Wir müssen auch den Finanzsektor über Auflagen einbinden, einen guten Teil des Geldes, das sie bekommen, in erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz, einen Umbau des Transportsystems, nachhaltige Landwirtschaft und mehr Schutz für die Ökosysteme zu stecken. Das ist auch ein ethisches Gebot. Künftige Generationen haben ein Recht darauf, dass wir diese Schulden auch in die Arbeitsplätze von morgen investieren.

Glauben Sie wirklich? Eine globale Klima-Initiative rückt doch in weite Ferne. Industriestaaten fordern größere Beiträge der Entwicklungsländer. Die verweisen auf die historische Schuld der Ersten Welt. Wer muss einlenken?

Die reiche Welt hat viel gutzumachen. Wir haben uns eine erstaunliche Entwicklung gegönnt. 150 Jahre industrielle Revolution hatten einen hohen Preis – mit Emissionen, die 1000 Jahre in der Atmosphäre bleiben. Auf der anderen Seite stehen Länder wie Kambodscha, in denen ein Einzelner pro Jahr weniger Energie verbraucht als eine Klimaanlage in Florida. Wenn Entwicklungsländer jetzt aufholen, hören sie plötzlich: „Tut uns leid, das Boot ist voll, die Kassen sind leer, fossile Brennstoffe fast aus.“ Und: „1,4 Milliarden Chinesen können doch unmöglich so leben wie Amerikaner.“ Dass diese Einstellung zu einer Verweigerungshaltung im Süden führt, kann niemanden überraschen.

Die Energiefrage wird die Zukunft des Klimas entscheiden. Wann können Sonne und Wind Kohle und die Atomkraft ablösen?

Schneller als viele denken. Atom, Öl und Kohle

sind die Energiequellen von gestern, was nicht heißt, dass sie uns nicht noch eine Weile begleiten. Wir erleben aber schon heute eine grüne Revolution im Energiesektor. Windenergie, aber auch Solarenergie und Geothermie werden zu konkurrenzfähigen Energieträgern. Sie sind mittelfristig in der Lage, fossile Energien und die Kernkraft zu ersetzen. Auch in Deutschland könnten sie bald 40 Prozent des Stroms liefern – fast das Dreifache der heutigen Menge. Die Technik ist nicht mehr der Punkt.

Sondern?

Die richtigen Rahmenbedingungen schaffen – Anreize für Forschung, Entwicklung und Verbreitung von Erneuerbaren und Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe.

Energiekonzerne erklären Erneuerbare gerne zur fernen Vision und investieren in neue Atom- und Kohlemeiler.

Das wundert mich nicht. Sonne, Wind oder Geothermie sind eine Herausforderung an das Geschäftsmodell der Versorger. Möglich, dass wir in kommenden Jahrzehnten nicht mehr auf die teuren Kern- oder Kohlekraftwerke angewiesen sind, in die heute noch Milliarden fließen. Um es klar zu sagen: Wir dürfen uns nicht von Energiekonzernen vorschreiben lassen, was geht und was nicht. Das müssen Politik und Gesellschaft entscheiden. Als Deutschland vor ein paar Jahren ein Zehn-Prozent-Ziel für Erneuerbare ausgegeben hat, haben viele Energieexperten auch behauptet, das wäre ein Langzeittraum. Heute sind 15 Prozent bereits überschritten.

Deutsche Konzerne wollen die Sahara als Energiequelle erschließen. Kann wirklich in zehn Jahren Strom fließen?

Absolut. Ich halte das für realistisch. Pilotanlagen in den USA und Spanien funktionieren. Die Technik ist reif für die ersten Großprojekte. Ausschlaggebend ist ein Geschäftsmodell, das öffentliche und private Investoren zusammenführt.

Energiekonzerne warnen vor Abhängigkeiten von Regimen Nordafrikas und fürchten Terroranschläge. Sie nicht?

Jeder Energieträger birgt Risiken – erinnern wir uns an Ölkrisen, Gas aus Russland oder Tschernobyl bei Atomkraft. Die Desertec-Initiative plant Solarkraftwerke von Marokko bis Saudi-Arabien. Ich sehe eher Vor- als Nachteile. Wir werden Af-

rika politisch stärker an Europa binden und es aus alten Abhängigkeiten befreien. Wie viele Kriege wurden bereits um Öl geführt? Um Sonne werden wir keinen einzigen führen müssen.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/90/483534/text/>

Blühende Wirtschaft

[Robert Kurz, Der Freitag, 23.7.2009] Der aktuelle Zusammenbruch des globalen Wirtschaftswachstums wirft die Frage nach den Konsequenzen auf. Unübersehbar sind die ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Eliten von der Jahrhundertkrise des Kapitalismus auf dem falschen Fuß erwischt worden. Nach dem Ende der staatsbürokratischen Planwirtschaft im Osten galt jede gesellschaftliche Alternative als erledigt. Gefeierte wurde das Urvertrauen in die ewig regenerationsfähigen „Marktkräfte“ eines selbsttragenden Wachstums.

Trotz des Schocks geben die offiziellen Institutionen auch jetzt noch die Parole aus: „Augen zu und durch“. Mit Hilfe von Rettungspaketen, Konjunkturprogrammen und ein wenig mehr Regulierung hofft man auf ein baldiges Ende der Krise, um aus dieser laut Angela Merkel „gestärkt hervorzugehen“ und zum alten Wachstumspfad zurückzufinden. Diese Option ist derart begründungslos, dass sie keine Glaubwürdigkeit beanspruchen kann.

Heute verbinden sich aber die Erschöpfung der energetischen Ressourcen und die ökologische Krise mit der neuen Weltwirtschaftskrise, die gleichzeitig auf eine innere ökonomische Schranke der herrschenden Produktionsweise hindeutet. Diese Doppelkrise verlangt eine Kritik der ökonomischen Voraussetzungen des Wachstumszwangs, die bisher unterbelichtet geblieben waren. Deshalb taucht nun die Idee einer „Wirtschaft ohne Wachstum“ auf. Die Krise soll als „Chance“ in diesem Sinne verstanden werden. Dabei ist allerdings das Problem zu lösen, die Lebensbedürfnisse der 7 Milliarden Menschen dieser Erde von der abstrakten Wachstumslogik zu befreien statt sie im Namen der „knappen Ressourcen“ erst recht zu unterdrücken. Wenn schon Wachstum mit Armut einhergeht, kann seine bewusste Begrenzung nicht mit noch mehr Armut erkauft werden.

Die Frage der ökonomischen Kriterien könnte den Rückgriff auf die ausgemusterte Marxsche Kritik der politischen Ökonomie nahelegen. Das Programm einer „wachstumslosen Wirtschaft“ beruft sich stattdessen größtenteils auf einen Aspekt der keynesianischen Doktrin. Keynes steht gewöhnlich gerade für die Rettung des Wachstums durch staatliche Konjunkturspritzen. Aber schon in den dreißiger Jahren hatte er darüber hinaus eine Stagnationstheorie formuliert, die ein abnehmendes und schließlich ganz ausbleibendes Wachstum des „reifen“ Kapitalismus prognostizierte, weil sich der Kapitalstock nicht beliebig erhöhen lässt. Für Keynes war das freilich kein Anlass, die ökonomischen Kategorien in Frage zu stellen. Gegen die drohende Massenarbeitslosigkeit bei versiegenderem Wachstum empfahl er schlicht Arbeitszeitverkürzungen, um die Beschäftigung zu erhalten. Dem Kapital geht es aber nicht um Beschäftigung schlechthin, sondern um die Produktion von Mehrwert auf dem von der Konkurrenz erzwungenen und ständig steigenden Produktivitätsniveau, das (wie Keynes durchaus sah) Arbeitskraft auf wachsender Stufenleiter überflüssig macht. Erhalt der Beschäftigung ist also nur durch zusätzliche Mehrwertproduktion möglich, die einen wachsenden Kapitalstock und damit eben ökonomisches Wachstum einschließlich eines steigenden Ressourcenverbrauchs voraussetzt. Keynes argumentierte unvermittelt mit dem „gesunden Menschenverstand“, ohne die innere Logik der Kapitalverwertung in Rechnung zu stellen.

Im Grunde wird bei solchen scheinbar plausiblen Überlegungen wie überhaupt in der Wirtschaftswissenschaft unterstellt, dass es „eigentlich“ um die Befriedigung von Bedürfnissen geht und die modernen ökonomischen Kategorien eben die „Naturgesetze“ dieses vermeintlichen Zwecks sind, die man in ihren Verlaufsformen „gestalten“ muss.

Aber in Wirklichkeit ist die Befriedigung der Bedürfnisse bloß Abfallprodukt der abstrakten „Verwertung des Werts“ als gesellschaftlicher Selbstzweck. Die Produktion dient nicht der Herstellung einer ausreichenden Menge von Gebrauchsgütern, sondern sie ist „abstrakte Arbeit“ für den „abstrakten Reichtum“, also für die Verwandlung von Geld in mehr Geld, wie man von Marx lernen könnte. Und der Markt dient deshalb

nicht dem Austausch der Gebrauchsgüter, sondern er ist einzig die Sphäre der „Realisierung“ des Mehrwerts, d.h. der Rückverwandlung der Waren in die (vermehrte) Geldform. Alle Beschäftigung, alle Einkommen, alle Marktprozesse sind abhängig von der gelingenden Mehrwertproduktion, die dem Wachstumszwang zugrunde liegt.

Die Wachstumskritik ignoriert leider den kapitalistischen Funktionszusammenhang und den destruktiven Charakter seiner Kategorien.

Sie will auf einen Kapitalismus ohne Mehrwert hinaus, was ungefähr so erfolgversprechend ist wie die Quadratur des Kreises. Allerdings setzt der Kapitalismus selbst seinem Wachstum ein Ende, wenn er zu viel „abstrakte Arbeit“ überflüssig macht, damit die reale Mehrwertproduktion zum Stehen bringt und sich nur noch durch Kredit- und Finanzblasen am Scheinleben erhalten kann, die schließlich platzen müssen. Das führt zwar zu einem Stop des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffemissionen; aber nicht als bewusste Entscheidung der Gesellschaft, sondern als blinder Krisenprozess, wie es schon der Zusammenbruch der am Weltmarkt gescheiterten Industrien im Osten teilweise vorexerziert hat. Der Preis ist die soziale Massenverelendung.

Denn die Krise lenkt die Produktion nicht in „sinnvolle“ Bahnen, sondern legt sie einfach still.

Den gesamten Artikel können Sie nachlesen unter <http://www.freitag.de/wochenthema/0930-wochenthema-wirtschaft-wachstum-wachstumslogik-nullwachstum-krise>

Deutscher Autobranche stehen harte Jahre bevor

[Der Spiegel, 15.07.2009] Die deutsche Automobilbranche muss damit rechnen, dass ihre Verkaufszahlen sowohl 2009 als auch 2010 zurückgehen. Laut einer Studie der Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PwC) werden im laufenden Jahr knapp 4,7 Millionen Pkw die Werkshallen verlassen. Das wären 750.000 Fahrzeuge weniger als 2008.

Das Jahr 2010 bringt der Studie zufolge einen weiteren Dämpfer. Die Autoren gehen davon aus, dass dann nur noch 4,53 Millionen Pkw verkauft werden. Mit einem Anstieg der Fertigung sei erst ab 2011 zu rechnen. Dann dürften in Deutschland

rund 4,95 Millionen Fahrzeuge von den Bändern rollen. Bis die Produktionszahlen der Vorkrisenzeit wieder erreicht werden, dauert es der Studie zufolge noch länger, erst 2013 soll das Niveau von 2008 mit annähernd 5,5 Millionen produzierten Pkw übertroffen werden.

Die Fahrzeugbranche selbst gibt sich allerdings hoffnungsfroh: Nach 13 Monaten Talfahrt habe der Autoabsatz im Juni europaweit wieder angezogen. 1,46 Millionen Fahrzeuge seien verkauft worden, ein Plus von 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, teilte der Verband der Europäischen Automobilhersteller (ACEA) in Brüssel mit.

Nach Einschätzung des Verbands der Automobilindustrie (VDA) verfestigte sich mit den Juni-Zahlen die sich seit einigen Monaten abzeichnende Bodenbildung. „Eine durchgreifende Erholung lässt sich jedoch daraus noch nicht ableiten“, teilte der Verband in Frankfurt mit.

Die Branche sieht einen Grund für das Ende der Talfahrt in staatlichen Anreizen wie der Abwrackprämie in Deutschland. Die PwC-Studie stellt der Konjunkturhilfe hingegen kein durchweg gutes Zeugnis aus. Denn die Prämie kann der Untersuchung zufolge den Absatzeinbruch nicht verhindern, sondern lediglich abschwächen. Ohne sie wäre es für die Fahrzeugindustrie noch viel schlimmer gekommen.

Allerdings sehen die PwC-Experten die Konjunkturmaßnahme auch als Ursache dafür, dass 2010 eine Erholung ausbleibt. Viele Käufer hätten die ohnehin geplante Anschaffung eines Neuwagens nur auf 2009 vorgezogen. „Diese Nachfrage fehlt dann im kommenden Jahr und lässt die Fertigungszahlen weiter zurückgehen“, sagte PwC-Experte Harald Kayser. Gewinner des prämiengestützten Nachfragebooms seien vor allem Importfahrzeuge gewesen.

Trotz der deutlich fallenden Fertigungszahlen im laufenden Jahr leidet die Automobilindustrie in Deutschland weniger stark unter der Krise als in den meisten anderen europäischen Staaten, so PwC. EU-weit werde die Pkw-Fertigung gegenüber 2008 um schätzungsweise 15,6 Prozent auf rund 14,7 Millionen Fahrzeuge sinken.

Die größten Verlierer der Wirtschaftskrise sind der Studie zufolge die Autobauer in den USA und Japan. In Nordamerika würden 2009 voraussicht-

lich rund acht Millionen Pkw produziert - 36 Prozent weniger als 2008. In Japan dürfte die Produktion um fast 25 Prozent auf 8,1 Millionen Fahrzeuge sinken. Deutliche Zuwächse prognostiziert PwC hingegen für China und Indien: „Beide Länder profitieren von einem zwar gebremsten, aber anhaltenden Wirtschaftswachstum und damit einer steigenden Inlandsnachfrage“, sagte Kayser. Indien etablierte sich als Produktionsstandort für Kleinwagen, die zunehmend ins Ausland exportiert würden. Aus indischen Autowerken würden 2009 voraussichtlich 2,1 Millionen Pkw rollen und damit 8,7 Prozent mehr als 2008. Für China sei sogar ein Plus von 13,8 Prozent auf 8,5 Millionen Fahrzeuge zu erwarten. „Damit würde Japan als größter Automobilproduzent der Welt abgelöst.“

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,636308,00.html>

Weltretter in München

Beim Startschuss für das Milliardenprojekt Desertec geht es den Konzernen vor allem um eines: sich zeitig in Position zu bringen

[Thomas Fromm, Süddeutsche Zeitung, 14.7.2009] Für einen ist die Sache bereits ein Erfolg, egal wie sie am Ende ausgeht. Münchener-Rück-Chef Nikolaus von Bomhard gibt hier den Hausherrn, und er lässt keinen Zweifel daran, dass er diesen Part gerne übernimmt. „Ich begrüße Sie zur Gründung der Desertec-Initiative bei der Münchener Rück“, sagt Bomhard. Und es ist nicht das letzte Mal, dass an diesem Tag der Name des weltweit größten Rückversicherers fällt. „Wir als Münchener Rück waren die Ersten, die in den siebziger Jahren auf die Risiken des Klimawandels aufmerksam gemacht haben“, sagt Konzernvorstand Torsten Jeworrek. Schade nur, dass es in all den Jahren nicht jeder gemerkt hat. Umso schneller geht es jetzt. Gestern noch langweiliger Rückversicherer mit dem Ruf einer akademisch-verstiegenen Behörde. Nun Umweltaktivist, Denkfabrik, Weltverbesserer.

Bomhard hat zur Gründung der Solarstrom-Initiative geladen, und die Weltretter sind gekommen: Manager, Politiker, Vertreter aus der arabischen Welt.

Interessant ist an diesem Tag, wer im Grunde genommen NICHT da ist. Der Technologiekonzern Siemens, die Versorger RWE und Eon, selbst die

HSH Nordbank - sie alle haben lediglich Manager aus der zweiten Reihe geschickt. Einen Siemens-Chef Peter Löscher sucht man hier vergebens. „Das ist die Fachebene“, heißt es dazu bei der Münchener Rück. Natürlich. Aber an einem Tag wie diesem geht es ja nicht um Fachgespräche, sondern um die große Geste. Eigentlich Chef-sache. Die Gästeliste zeigt zwar, dass man vertreten sein will. Sie zeigt aber auch, dass man das Thema noch nicht bis ganz nach oben spielen möchte. Weil die nächsten drei Jahre, in denen nun über Technologien, Geld und politische Realitäten in Afrika diskutiert wird, eine lange Zeit ist. 400 Milliarden Euro sollen investiert werden. Noch weiß keiner so genau, wo es herkommt. Genauso unklar ist, ob und wie jene Länder mit einbezogen werden, ohne deren Sonnenstrahlen das europäisch-afrikanische Projekt nicht stattfinden könnte.

Es geht also erst einmal darum zu klären, was überhaupt geht. Und so erzählen die Manager der zwölf beteiligten Unternehmen, warum sie das Projekt gut finden. So entstehen in München kleine Bewerbungspräsentationen. Drei Sätze und drei Gründe, warum man eigentlich genau der Richtige ist, mitzumachen. „ABB hat die Hochspannungsgleichstromübertragung entwickelt, um Stromnetze zu verbinden“, sagt ABB-Vorstand Joachim Schneider. Um zu zeigen, was er meint, hält er kleine Kabel in die Luft. „Als international führender Anlagenbauer im Bereich Photovoltaik und Solartechnik unterstützen wir nachhaltig diese strategische Initiative der Wirtschaft“, sagt Jürgen Wild von M+W Zander. „Mit seinem breiten Umweltportfolio ist Siemens der richtige Technologiepartner für dieses visionäre Projekt“, sagt der Siemens-Manager René Umlauf. „Wir wären nicht Siemens, wenn wir uns nicht solchen Herausforderungen stellen würden.“

Caio Koch-Weser, früherer Staatssekretär und mittlerweile bei der Deutschen Bank, spricht zum Start von einem „bahnbrechenden Projekt“. Und dass sich die Deutsche Bank „in gesellschaftlicher Verantwortung“ sehe. Jamila Mata von der Liga der arabischen Staaten bringt ein Grußwort aus Nordafrika mit, und Prinz Hassan bin Talal von Jordanien hat eine Videobotschaft nach München geschickt.

Es gibt Situationen an diesem Montag, die sind vielleicht symptomatisch. Zum Beispiel, als die

Teilnehmer der Konferenz zum Gruppenbild für die Fotografen zusammenkommen sollen. Geplant ist, die Vertreter der zwölf Desertec-Unternehmen abzulichten. Am Ende wird es auf der Bühne immer voller. Und enger. „Die Politiker haben sich alle mit aufs Bild gedrängelt“, sagt ein Fotograf. So ist das bei diesen Veranstaltungen: Wer auf keinem Bild erscheint, war auch nicht dabei. Und dabei gewesen zu sein, ist wichtig. Es könnte ja sein, dass die Pläne am Ende wirklich umgesetzt werden. In drei, 15 oder 50 Jahren. Und dass Kritiker wie der SPD-Bundestagsabgeordnete und Solarexperte Hermann Scheer, der die Wüstenstrom-Pläne als Fata Morgana bezeichnet, dann widerlegt sind. Dann ist es gut, zeitig dabei gewesen zu sein beim großen PR-Schaulauf. Die Männer und Frauen, die hier am Montag sitzen, wissen das. Sie sind nicht die typischen Umweltschützer. Keine strickenden Ökos, die sich zur Anti-Atom-Demo verabreden. Stattdessen dunkelblaue Anzüge, gediegene Krawatten, ernste Managermienen. Für viele von ihnen ist es vielleicht eine neue Rolle, die sie erst lernen müssen.

Einer, der sie überzeugend beherrscht, ist Torsten Jeworrek. Der Münchener-Rück-Vorstand jongliert mit Zahlen und Visionen, rechnet aus, dass der Finanzbedarf zunächst nur bei 1000 Euro pro EU-Bürger läge. 1000 Euro für eine bessere Welt. Das klingt besser als die 400 Milliarden Euro, die für das Projekt insgesamt veranschlagt werden. Und außerdem, so Jeworrek: Ohne Desertec wären die Kosten höher. Die Gäste klatschen.

<http://www.sueddeutsche.de/U5L38B/2966101/Weltretter-in-Muenchen.html>

4. „UMWELTPRÄMIE“

FÖS-Vorschlag zur Weiterentwicklung der Abwrackprämie

[FÖS, 26.8.2009, Berlin] FÖS-Geschäftsführer Damian Ludewig kritisiert die derzeitige Debatte um Steuervergünstigungen für Jahreswagen bzw. um eine erneute Verlängerung der ökologisch wie ökonomisch fragwürdigen Abwrackprämie: „Es gibt eine intelligentere Alternative zu einer abermaligen Verlängerung der Abwrackprämie oder

der aktuell diskutierten Steuererleichterung für den Kauf von Jahreswagen.“ Eine solche Steuererleichterung käme nur sehr eingeschränkten Bevölkerungsschichten und nur bestimmten Kraftfahrzeugtypen zugute, ökologisch sei sie ohne jegliche Lenkungswirkung und den Staat würde sie erneut Geld kosten, dass dieser nicht (mehr) habe.

Stattdessen schlägt Ludewig die Weiterentwicklung der Abwrackprämie, die ein reines Bonus-System war, zu einem Bonus-Malus-System vor. Fahrzeuge, die deutlich weniger umweltschädlich sind als der Durchschnitt, bekommen demnach (weiterhin) eine Prämie bzw. einen Bonus beim Kauf gezahlt. Besonders unökologische Autos sollen dagegen mit einer Verkaufs- bzw. Zulassungssteuer belegt werden. In vielen europäischen Ländern existierten bereits Zulassungssteuern für Fahrzeuge, darunter in Dänemark, Spanien und Österreich. Frankreich und Italien haben sogar bereits ein Bonus-Malus-System eingeführt – mit guten Erfahrungen.

Weniger umweltschädliche Autos, die beispielsweise weniger als 60 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen, sollten nach den Vorschlägen des FÖS staatlich gefördert werden – so etwa Elektroautos. Deren Förderung sei zwar politisch von vielen gewollt, werde aber in Anbetracht der gewaltigen Ausgaben für die Abwrackprämie als nicht mehr finanzierbar angesehen. Besonders klimaschädliche Autos (etwa mit einem CO₂-Ausstoß von über 180 g/km), sollten dagegen mit einer deutlichen Zulassungssteuer von bis zu 30 Prozent des Warenwerts belegt werden.

Diplom-Volkswirt Ludewig erklärt: „Die wenigsten Autokäufer stellen vor dem Kauf eine Lebenszyklus-Rechnung an. Eine Zulassungssteuer setzt schon beim Kauf selbst ein Preissignal, ohne den Käufer mit Langzeitberechnungen potentiell zu überfordern.“

„Durch die Ankündigung einer solchen Steuer können ähnliche Effekte wie durch die Abwrackprämie hervorgerufen werden. Wer weiß, dass er ab dem 1. Januar 2010 eine Zulassungssteuer zahlen muss, der wird sich sein Auto vorher kaufen. Die Zulassungssteuer ist damit durch entsprechende Vorzieh-Effekte kurzfristig Konjunktur belebend – allerdings ohne, wie die Abwrackprämie, den Staat Milliarden von Euro zu kosten. Für die Premiumfahrzeughersteller ist am

FÖS-Konzept besonders interessant, dass es kurzfristig gerade den Absatz derjenigen Fahrzeuge fördert, die in Deutschland bisher überwiegend hergestellt werden und die im Moment am deutlichsten unter der Krise zu leiden haben. Das ist konjunkturpolitisch sinnvoll und ökologisch akzeptabel, wenn die grundsätzliche Rahmensezung dafür richtig erfolgt. Denn mittel- und langfristig bekommen Automobilwirtschaft und –käufer durch die gestaffelte Zulassungssteuer klare ökologische Leitplanken gesetzt.“

Das Positionspapier „Auch fördern, nicht nur fördern“ ist zu lesen unter:

http://www.foes.de/pdf/FOES-Papier_Abwrackpraemie%20weiterentwickeln.pdf

Die Pressemitteilungen des FÖS sind nachzulesen unter:

<http://www.foes.de/presse/pressemitteilungen/>

Gabriel: Da steckt mehr Umwelt drin, als viele erwartet haben.

[BMU, Pressemitteilung, 5.9.2009] Anders als des öfteren behauptet hatte die Abwrackprämie keineswegs negative Auswirkungen, sondern positive Wirkungen auf die Umwelt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Heidelberger IFEU-Instituts im Auftrag des Bundesumweltministeriums. Nach den Berechnungen der Gutachter liegen Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß der neuen Pkw durchschnittlich um rund 20 Prozent niedriger als bei den abgewrackten Fahrzeugen. Bei den klassischen Luftschadstoffen sind es sogar bis zu 99 Prozent weniger als vorher. „Obwohl sie mit ganz anderer Zielsetzung konzipiert wurde, steckt in der Abwrackprämie mehr Umwelt als viele erwartet haben. Die Behauptung, die Prämie habe der Umwelt nichts gebracht oder ihre Umweltbilanz sei sogar negativ, ist sachlich falsch und durch unsere Studie glatt widerlegt“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Die gesamte Pressemitteilung nachzulesen unter: http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/44906.php

Die Abwrackprämie hat eine positive Wirkung für Umwelt und Klima.

[IG Metall, August 2009, Frankfurt am Main] Mit

Hilfe der Abwrackprämie kommen vor allem kleinere Autos mit einem geringeren Kraftstoffverbrauch auf unsere Straßen. Sie stoßen weniger CO₂-Emissionen aus. Diese neuen Autos ersetzen ältere Modelle mit meist deutlich schlechteren Umwelteigenschaften.

Während in ganz Westeuropa der Verkauf von Autos im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum ersten Quartal 2008 um 16 Prozent sank, nahmen die Neuzulassungen in Deutschland um 18 Prozent zu. Davon profitieren aber ganz unterschiedliche Marktsegmente: Das sogenannte „Mini-Segment“, zu dem zum Beispiel die Modelle Ford Ka und Opel Agila gehören, nahm um 129 Prozent zu. Das Segment der Kleinwagen wie VW Polo und Opel Corsa steigerte sich um 75 Prozent. Die darüberliegende Kompaktklasse (VW Golf) hatte acht Prozent Zuwachs. Alle höheren Klassen und Sportwagen nahmen dagegen kräftig ab.

Alle Autos, die jetzt mit Hilfe der Abwrackprämie verschrottet werden, sind neun Jahre und älter. Der CO₂-Ausstoß eines zehn Jahre alten Autos liegt durchschnittlich bei 182 Gramm pro Kilometer. Ein im März 2009 zugelassenes Auto belastet die Umwelt mit 154,5 Gramm CO₂. Das sind 15 Prozent weniger. Durchschnittlich fährt heute ein Auto jährlich 13.000 Kilometer. Pro ersetzttem Altfahrzeug werden somit 358 Kilogramm CO₂ weniger in die Luft geblasen.

Mit dem Geld, das die Bundesregierung für die Umweltprämie zur Verfügung gestellt hat, können zwei Millionen Autos ersetzt werden. Das bedeutet: 715.000 Tonnen CO₂ würden nicht freigesetzt. Anders ausgedrückt: In Bierflaschen gefüllt und in Bierkästen hintereinander gestellt, ergibt das eine Kette von fast 20 Millionen Kilometer Länge, diese reicht fast 500 mal um die Erde. Wohl gemerkt, pro Jahr. Also ein klarer Vorteil für die Umwelt. Außerdem wird die neue Kfz-Steuer, die am 1. Juli 2009 in Kraft tritt und dann auch den CO₂-Ausstoß berücksichtigt, diesen Trend sehr wahrscheinlich fördern.

http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/view_100.htm

Ende der Abwrackprämie

[greenpeace, 2.9.2009, Eschborn] Die staatliche Abwrackprämie für Altfahrzeuge ist am 2. September 2009 zu Ende gegangen. Im Fördertopf war ein Tag zuvor um 22.00 Uhr nach Angaben des zu-

ständigen Bundesamtes für Ausfuhrkontrolle und Wirtschaft (Bafa) im Internet nur noch Geld für 4809 Anträge. Bei einem durchschnittlichen Eingang von 9000 Neu-Anträgen täglich dürfte der Topf nun leer sein.

Insgesamt standen seit Januar fünf Milliarden Euro für die Abwrackprämie zur Verfügung, damit können insgesamt knapp zwei Millionen Autokäufer gefördert werden. Am 1. September beantragten noch viel mehr Menschen als im Durchschnitt der vergangenen Tage die Prämie: Am 31. August konnten noch 37 656 Anträge gestellt werden.

Die Abwrackprämie wird trotz Forderungen aus Industrie und Verbänden nicht verlängert. „Weitere Prämien können dann nicht mehr gewährt werden“, schreibt das Bundesamt auf seiner Internetseite.

Noch 15 000 weitere Autokäufer sollen allerdings eine Chance auf den Bonus erhalten. Das Bafa richtet eine Warteliste für Käufer ein, die zunächst leer ausgegangen sind und nachträglich noch Geld erhalten könnten. Die freiwerdenden Mittel werden in der Reihenfolge der gestellten Anträge ausgezahlt. Die Autokäufer kommen dann zum Zug, wenn das Amt Anträge anderer Autofahrer wegen formaler Mängel ablehnt.

Das wahrscheinliche Auslaufen der Abwrackprämie dürfte auf den Tag einer Pressekonferenz des Branchenverbandes VDA fallen, der über die Branchenkonjunktur und die bevorstehende Internationale Automobilausstellung IAA (17. bis 27. September) informieren will.

Experten befürchten, dass durch das Vorziehen von Autokäufen wegen der Abwrackprämie im kommenden Jahr ein Absturz der Absatzzahlen drohen könnte. Von bis zu einer Million weniger verkauften Autos ist die Rede. In diesem Jahr dürfte der Absatz dank der staatlichen Hilfe auf 3,7 Millionen Fahrzeuge steigen.

Frankreich will dagegen bis ins Jahr 2011 hinein eine Abwrackprämie zahlen. Geplant sei ein schrittweises Abschmelzen der Prämie, bestätigte am Dienstag das Wirtschaftsministerium in Paris. Endgültig Schluss mit Zahlungen solle voraussichtlich erst im Jahr 2011 sein. Frankreich zahlt derzeit eine Verschrottungsprämie von 1000 Euro für Altfahrzeuge. Der Minister für Wiederaufschwung, Patrick Devedjian, hatte kürzlich vorgeschlagen,

sie zunächst auf 700 bis 800 Euro, später dann auf 400 Euro zu senken. Mit dem sanften Abschmelzen der Prämie soll ein Einbruch des Automarktes verhindert werden.

Allerdings ist die Abwrackprämie in Frankreich viel schmäler angelegt. Während in Deutschland insgesamt fünf Milliarden Euro für die Abwrackprämien von jeweils 2500 Euro zur Verfügung standen, plante Frankreichs Wirtschaftsministerin Christine Lagarde zuletzt mit Kosten in Höhe von 390 Millionen Euro für das französische Programm.

[http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews\[tt_news\]=60231&tx_ttnews\[backPid\]=23&cHash=b756949806](http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=60231&tx_ttnews[backPid]=23&cHash=b756949806)

25.000 Euro Subvention pro Job

[*Manager-Magazin*, 27.8.2009, Hamburg] Die Umweltprämie zum Abwracken von Altfahrzeugen hat nach Einschätzung der IG Metall rund 200.000 Jobs gerettet. „Sie ist bis jetzt die wirksamste Maßnahme des Konjunkturprogramms II“, sagte Gewerkschaftschef Berthold. Der kurzfristige Konsumanreiz sei notwendig gewesen, um die Konjunktur anzukurbeln und den Abschwung zu bremsen.

Das Kontingent der Umweltprämie wurde laut eines dpa-Berichts auf 5 Milliarden ausgeweitet. Daraus lässt sich eine Subvention für jeden geretteten Job von 25.000 Euro errechnen.

DPA-Bericht:

http://www.presseportal.de/pm/53252/1402421/the_nielsen_company

Der gesamte Artikel aus dem Manager-Magazin:

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,645208-2,00.html>

5. ÖFR DEUTSCHLAND

Deutschland verfehlt selbstgesteckte Klimaziele

[*Spiegel online*, 22.8.2009] Laut einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie wird die Bundesregierung die selbstgesteckten Ziele zur Ver-

minderung der CO₂-Emissionen bis 2020 voraussichtlich nicht erreichen. Für das Scheitern machen Greenpeace und das Aachener Ingenieur- und Beratungsunternehmens EUtech vor allem die nicht durchgesetzten oder von „Lobbyverbänden stark verwässerten“ Umweltmaßnahmen verantwortlich.

Insbesondere genannt wurde die **nicht wirklich ökologisch orientierte Reform der Kfz-Steuer**, keine weit reichende Sanierungspflicht bei Altbauten sowie das nicht verabschiedete Verbot von Nachtspeicherheizungen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der nicht schnell genug voranschreitende Ausbau von Offshore-Windparks.

Der Gesamtausstoß an CO₂ der Energiewirtschaft sei sogar zuletzt überraschend auf über 385 Millionen Tonnen angestiegen, daher fordern die Experten einen zügigen und radikalen Umbau der Energieerzeugung. Beim jetzigen Fortschritt rechnen sie mit einer Emissionsminderung von weniger als 30 Prozent, obwohl die Bundesregierung 40 Prozent versprochen hatte.

Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß kann indessen nur durch eine sehr viel stärkere Nutzung erneuerbarer Energien sowie dem Stopp von Verschwendung bzw. der viel effizienteren Nutzung von Energie funktionieren.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,644391,00.html>

„Kernenergie ist nicht öko“

[*Fritz Vorholz, Die Zeit*, 30.07.2009] DIE ZEIT: Herr Troge, der Streit um die Atomenergie läuft wieder heiß – wie vor 14 Jahren, als Sie Präsident des Umweltbundesamtes wurden. Damals waren Sie kein Gegner der Nukleartechnik, heute sind Sie es. Woher der Meinungswandel?

TROGE: Welcher Meinungswandel? Ich war schon damals ein Nuklearskeptiker, und das, abgesehen von Sicherheitsbedenken, vor allem, weil ausgerechnet bei der Kernenergie versäumt wurde, vom Ende her zu denken. Wir kümmern uns zu Recht um den Verbleib jeder Getränkeverpackung – wie wir mit den Resten der Kernenergienutzung umzugehen gedenken, wissen wir bis heute nicht. Deshalb hat das Umweltbundesamt schon 1997 erklärt, dass die Nutzung der Kernkraft mit nachhaltiger Entwicklung nichts zu tun hat.

Sollte deshalb der Atomausstieg beschleunigt werden?

Ich warne jedenfalls davor, gegen den Geist des Atomausstieges zu verstoßen und ausgerechnet die Laufzeit der älteren Reaktoren zu verlängern, so wie es manche Betreiber gerne hätten. In der Öffentlichkeit kursiert zwar die Ansicht, entweder seien die Kraftwerke unsicher, dann gehörten sie abgeschaltet - oder sie seien sicher, dann gebe es keinen Grund zum Abschalten. Allerdings wissen sämtliche Fachleute, dass es nur mehr oder weniger Sicherheit gibt. Deshalb bin ich dafür, die Kernkraftwerke mit den häufigsten Störungen so bald wie möglich stillzulegen. Und das sind die älteren!

Wenn Atomstrom keine Ökoenergie ist, dann ist es Kohlestrom erst recht nicht. Wo also soll in Zukunft der Strom herkommen?

Die Stromversorgung muss nicht von heute auf morgen umgekrempelt werden. Wir müssen und können noch einige Zeit mit den Kohlekraftwerken leben, die schon am Netz sind. Hinzu kommen einige, die gerade gebaut werden und ein halbes Jahrhundert Strom erzeugen werden. Eine gewisse Grundversorgung ist also gesichert. Gleichzeitig kommt immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien, und das wird weitergehen. Das Problem liegt woanders: Bisher ist es im Grund gar nicht gelungen, die Energienachfrage zu senken. Auch die Meseberger Beschlüsse von Schwarz-Rot haben in dieser Hinsicht Erwartungen geweckt, denen keine entsprechenden Taten folgten. Als es konkret wurde, hat man viele Vorhaben verwässert, wie klare Energieverbrauchskennzeichnungen oder harte Grenzen für den CO₂-Ausstoß von Pkw.

Warum ist es so schwierig, die Welt energieeffizienter zu machen?

Ein Webfehler im Umweltschutz: Derjenige, dessen Vorhaben kurzfristig und vordergründig mit größeren Belastungen verbunden wäre, muss sich rechtfertigen – was ihn schnell zum Verlierer werden lässt. Wenn beispielsweise Agrardiesel in Deutschland teurer ist als anderswo, gerät die Politik unter Druck, die **Energiesteuer** zu senken. Da geht es dann nicht mehr um Umwelt-, sondern um Einkommens- und Agrarpolitik. Solche Gefechtslagen sind kein Einzelfall und erklären, warum Umweltpolitiker leider oft den Kürzeren ziehen.

Weil Ökoideen fast immer die Kosten treiben, gelten sie obendrein als ungerecht.

Einspruch. Die Behauptung zum Beispiel, erneuerbare Energien seien teurer als die konventionellen, gehört zu den großen Lebenslügen unserer Zeit. Würden sich **alle Umweltkosten im Preis der herkömmlichen Energien widerspiegeln**, dann sähe es für sie gar nicht gut aus. Nur weil ihnen die wahren Kosten nicht angelastet wurden, sind Kohle und Co. konkurrenzfähig.

Trotzdem, steigende Kosten verursachen ein Gerechtigkeitsproblem.

Schon, aber als Erste schreien immer diejenigen, die am meisten haben. Davon abgesehen: Umweltpolitik ist keine Sozialpolitik – und sie sollte auch nicht sozialpolitisch missbraucht werden. Die Gerechtigkeitsfrage müssen schon andere Politikfelder lösen. Und gar keinen Sinn ergibt es, mit dem Gerechtigkeitsargument die Illusion zu nähren, durch Wirtschaftswachstum zulasten des Naturvermögens könnte man reicher werden. Diesen Denkfehler müssen wir uns eingestehen. Bisher hat es die Demokratie nicht geschafft, die wahren Kosten auch anzurechnen.

Lassen sich Umweltprobleme nur lösen, wenn der Staat eine bestimmte Technik wie zum Beispiel den Abgaskatalysator verordnet?

So etwas ist wichtig, weil es Veränderungen erzwingt. Aber ökologisches Wirtschaften verlangt darüber hinaus einen Wandel im Verhalten, der sich gar nicht erzwingen lässt.

Sind die Deutschen umweltbewusst genug, um durch Verhaltensänderungen ihren Beitrag zur Weltrettung zu leisten?

Ich würde mich nicht darauf verlassen.

Warum nicht?

Weil der Mensch ein Erfahrungswesen ist, also zum pathologischen Lernen neigt. Wir ändern unsere Alltagsroutinen erst, wenn wir richtig schwere Rückschläge erlitten haben.

Hinsichtlich der Bekämpfung des Klimawandels lässt das nichts Gutes hoffen.

Genau. Wir müssen auf Basis der wahrscheinlichen Zukunftsszenarien heute die richtigen Schlüsse ziehen; das setzt im Grunde eine evolutorische Fortentwicklung des Menschen voraus. Beim Klimaschutz, aber auch beim Meeresschutz sehe ich immerhin Anzeichen dafür.

Es wird ja auch immer Alarm geschlagen.

Zum Glück gibt es diese Kassandra, denn es steht immer mehr auf dem Spiel: mehr Menschen und mehr Reichtum.

Apropos Cassandra: Waldsterben, Müllnotstand, Sommersmog – in den vergangenen Jahren ist doch das eine oder andere Mal zu laut vor dem Weltende gewarnt worden, oder?

Natürlich sind auch in der Umweltdebatte Extrempositionen im Spiel gewesen.

Hysterie?

Nein. Wir registrieren auch heute noch erhebliche Waldschäden – und wir würden noch viel mehr registrieren müssen, wenn nicht seit Mitte der 1980er Jahre wichtige Regeln zur Luftreinhaltung erlassen worden wären. Beim Sommersmog ist es ähnlich. Und der Müllnotstand war nun wirklich extrem. Also haben wir Müllverbrennungsanlagen gebaut und besonders schädliche Produkte wie Batterien oder Elektrogeräte in separate Verwertungskanäle gebracht. Nur deshalb redet heute niemand mehr vom Müllnotstand.

Die Umweltpolitik hatte ihre Erfolge.

Und ob, für den Anfang. Die Frage ist nur, wie Menschen dazu veranlasst werden, sich auf Dauer umweltverträglich zu verhalten.

Nämlich?

Vermutlich müsste vor allem ein fast ehernes Recht des Geschäftslebens gelockert werden: die Möglichkeit, als Unternehmer Geschäfte zu machen und die Haftung zu beschränken. Die Haftungsbeschränkung lässt die Menschen mehr Risiken eingehen, als sie eigentlich zu tragen bereit sind – mit Folgen, die wir im Finanzsektor gerade erleben. Ich kann nur hoffen, dass wenigstens im Umweltbereich die Haftung intensiviert wird.

<http://www.zeit.de/online/2009/31/umweltbundesamt-troge>

6. ÖFR INTERNATIONAL

Frankreich führt CO₂-Steuer ein

[Berliner Zeitung, 3.9.2009] Frankreich führt 2010 für Haushalte und Unternehmen eine Energiesteuer auf den CO₂-Ausstoß ein. Pro Tonne würden 14 Euro fällig, erklärte Premierminister

François Fillon dem „Figaro Magazine“, wie das Blatt am 27. August vorab meldete.

Eine Expertenkommission hatte zuvor sogar 32 Euro je Tonne vorgeschlagen. Privatleute müssen künftig für Gas, Öl oder Kohle mehr zahlen, aber nicht für den aus Kernkraft gewonnenen Strom. Zum Ausgleich sollen die Einkommensteuern oder Sozialabgaben sinken.

Zum Ausgleich der Mehrkosten für die Unternehmen wird die Gewerbesteuer zum Jahreswechsel abgeschafft. Die großen Energieverbraucher wie die Stahl-, Glas- und Chemieindustrie, die bereits dem Quotensystem unterliegen, sind von der Steuer befreit.

Die Regierung erwartet vier Milliarden Euro Einnahmen aus der CO₂-Steuer. Sie vermeidet dabei möglichst das Wort Steuer und spricht von einem Klimabeitrag. Die Grünen unterstützen das Projekt, die Sozialisten sind darüber zerstritten. Die frühere PS-Umweltministerin Ségolène Royal sprach von einer „unwirksamen neuen Steuer, die den Franzosen die Kaufkraft nimmt“. Man solle die Umweltverschmutzer zur Kasse bitten und die „Superprofite der Ölkonzerne“ höher besteuern.

http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/politik/detail_dpa_22286184.php

Flugsteuer in Großbritannien

[Ajaya Sodha, Timesonline, 21. August 2009] Im April 2009 sprach die Regierung Englands von Plänen, die Flugsteuer für Passagiere auf Langstreckenflügen auf 112 Prozent ab kommendem Jahr zu erhöhen. Die Steuer auf Flüge in der economy class betragen 5 Pfund in alle europäischen Staaten und 20 Pfund in alle nichteuropäischen Staaten.

Ab November dieses Jahres soll die Flugsteuer weiter ansteigen.

Der Artikel „Lives could be saved with money lost to the “green” air tax“ ist unter folgendem Link zu lesen:

http://business.timesonline.co.uk/tol/business/industry_sectors/public_sector/article6804552.ece

Schweden legt europäische Strategie zur Ökoeffizienz vor

[Eur.Activ, 2.7.2009, Brüssel] Ein Bericht vom

Stockholmer Umweltinstitut mit dem Namen „Eine Ökoeffiziente Europäische Wirtschaft“ hat bei einem Treffen der Energie- und Umweltminister in Åre am 23. bis 25. Juli eine Basis zur Diskussion geschaffen. Der Bericht argumentiert, dass Europas Führungsstärke sich vor allem in seinen Klimaverpflichtungen widerspiegelt. Um jedoch weiterhin Investitionen und Unternehmen anzuziehen, müssen größere Bemühungen unternommen werden, um die Innovation und Energieeffizienz zu fördern.

Schweden hat am 1. Juli 2009 den Ratsvorsitz der EU übernommen. Es versprach, der Energieeffizienz hohe Priorität einzuräumen. Eine der Prioritäten für den sechsmonatigen Zeitraum wird sein, den Wandel zu einer ökoeffizienten Wirtschaft herbeizuführen, wo ökonomisches Wachstum und klimafreundliche Politik Hand in Hand gehen.

Schweden könne ein gutes Beispiel setzen, indem es zeige wie die Herausforderung des Klimawandels mit Initiativen zur Stärkung der Wirtschaft verknüpft werden könne. Während der Präsidentschaft will man Gelegenheiten der EU zu Wachstum und Beschäftigung unterstreichen, indem man in erneuerbare Ressourcen und Recycling investiere, sagte der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren.

Ein globaler Wandel zu einer CO₂-armen Wirtschaft, um den Klimawandel zu bekämpfen, repräsentiere eine entscheidende Gelegenheit für alle Länder, um sich sauberer zu entwickeln, sagte Måns Nilsson, der führende Forscher hinter dem Bericht. Der Abschwung stelle eine Gelegenheit der Investition in grüne Autos, verbesserte Isolierung, Energiesparanwendungen und saubere Energie dar, fuhr er fort.

Der Bericht erarbeitet drei Bereiche, wo die EU-Politik einen Wandel zu einer wettbewerbsfähigen grünen Wirtschaft hervorrufen kann.

Eine größere Ressourcensystemeffizienz, insbesondere durch Energieeffizienz und nachhaltige Stadtplanung wären eine politisch ansprechende Strategie, da sich die Energieeinsparungen in Zeiten wirtschaftlicher Probleme auszahlen würden, so der Autor. Außerdem könnten neue Technologiemärkte Lösungen in Bereichen bieten, die einen bedeutenden Beitrag zum Klimawandel leisten.

Zuletzt werde globale Preisfestsetzung für CO₂ unvermeidbar sein, wenn die Welt sich hin zu einem ökoeffizienten Verlauf bewegen wolle, so der Bericht.

Die Autoren warnen jedoch, dass das Erreichen der Klimaziele nicht leicht sein werde, da es einen fundierten Wandel des Denkens seitens der Verbraucher und der Industrie in der ganzen Welt benötigt.

Der Bericht drängt die EU-Politiker dazu, „Paketlösungen“ anzunehmen, die Steuern, Standardsetzung und andere Formen der Regierung in einer neuen Form von grünen Nachhaltigkeitspaketen zusammenbringen. Außerdem müssten neue Maßnahmen zur Förderung grüner Technologien und bessere Plattformen zu Überprüfung der Folgenabschätzung der Klimapolitik entwickelt werden. Der Bericht „A European Eco-Efficient Economy. Governing climate, energy and competitiveness“ ist als pdf erhältlich:

<http://www.sei.se/mediamanager/documents/Publications/Policy-institutions/europeancoefficienteconomyfinal.pdf>

7. ATOMENERGIE

Gabriel begrüßt Greenpeace-Gutachten zur Subventionierung der Atomindustrie

[Pressemitteilung BMU, 3.9.2009, Berlin] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat das heute von Greenpeace vorgelegte Gutachten zur staatlichen Förderung der Atomenergie im Zeitraum 1950 bis 2008 begrüßt.

Gabriel: „Das Gutachten belegt einmal mehr, dass die Atomindustrie seit 1950 direkt und indirekt massiv subventioniert wurde. Allein die Finanzhilfen und die Steuervergünstigungen betragen demzufolge 125 Milliarden Euro.“ Die Gutachter schätzen den Förderwert der staatlichen Regelungen im Zeitraum 1950 bis 2008 auf insgesamt 164,7 Milliarden Euro in heutigen Preisen. Pro Kilowattstunde Atomstrom entspricht dies einer durchschnittlichen Förderung von etwa 4 Cent pro Kilowattstunde.

„Auch in Zukunft droht eine weitere verdeckte Subventionierung der Atomindustrie. Allein die Sanierung der maroden Endlager Asse und Mors-

leben wird den Steuerzahler schätzungsweise noch über 4 Milliarden Euro kosten. Es kann nicht sein, dass die Gewinne aus der Atomenergie privatisiert und die Kosten für die Schäden sozialisiert werden. Deswegen brauchen wir Steuer auf Kernbrennstoffe.“

Bei einer solchen Brennstoffsteuer wird nicht der Strom, sondern die zur Erzeugung eingesetzten Kernbrennstoffe besteuert. Die Steuer ist damit eine Inputsteuer, die im Gegensatz zur Strom- und Mehrwertsteuer nicht die Verbraucher, sondern die Betreiber belasten würde. Die Höhe dieser Besteuerung soll so bemessen werden, dass sie ca. 1 Cent pro kWh beträgt. Die Einnahmen würden dann etwa 1,6 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Im Zuge des Ausstiegs aus der Atomenergie würde das Aufkommen bis zur Abschaltung des letzten Atomkraftwerks nach und nach auf Null zurückgehen.

Gabriel weiter: „Der derzeitigen wettbewerbschädlichen und ungerechten Bevorzugung der Atomenergie kann durch eine Kernbrennstoffsteuer abgeholfen werden. Eine solche Brennstoffsteuer würde nicht zu höheren Strompreisen führen. Denn der Strompreis wird an der Börse gebildet und orientiert sich in der Regel an den Produktionskosten in einem Kohle- oder Gaskraftwerk.“

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/44889.php

Atomkraft, na bitte

Sieben Reaktoren sind abgeschaltet – und nichts passiert

[Michael Baumüller, *Süddeutsche Zeitung*, 27.7.2009] Nie war die Anti-Atom-Bewegung den deutschen Stromkonzernen so dankbar wie heute. „Wenn die in dem Tempo weitermachen“, frohlockt Jochen Stay von der Anti-Castor-Gruppe „x-tausendmal quer“, „dann sind bis zur Bundestagswahl sämtliche Atomkraftwerke abgeschaltet.“ Erst war es nur der Geesthachter Reaktor Krümmel, abgeschaltet nach einem Kurzschluss im Transformator. Der gibt den Strom ans Netz weiter, versorgt aber auch den Reaktor selbst. Jetzt sind noch die Kernkraftwerke Emsland (Problem am Transformator) und Philippsburg 2 (dito) vom Netz. Und das ist lange nicht

alles.

Biblis A, der älteste deutsche Reaktor, steht schon seit Monaten für eine Revision still - anfahren will Betreiber RWE ihn vorsichtshalber erst ein paar Tage nach der Bundestagswahl, am 30. September. Der Nachbarreaktor Biblis B, der ursprünglich am vorvergangenen Wochenende wieder angeworfen werden sollte, wird kurzfristig nachgerüstet, um möglicher Kritik der Atomaufsicht im Bundesumweltministerium zu entgehen. Das kann Monate dauern. Das Vattenfall-Kraftwerk Brunsbüttel steht seit einer Panne im Sommer 2007 still, auf unbestimmte Zeit, die Arbeiten laufen noch. Damit nicht genug; Eon hat vor gut einer Woche seinen bayerischen Reaktor Isar 2 vom Netz getrennt, zur planmäßigen Revision. Mehr als 9000 Megawatt Kapazität liegen brach, fast die Hälfte der Leistung aller deutschen Atomkraftwerke. Sieben von 17 deutschen Reaktoren liefern keinen Strom. So viel Stillstand war selten.

Für die Gegner der Kernkraft ist die Sieben eine Art magische Zahl. So viele Kraftwerke sollen in der kommenden Legislaturperiode abgeschaltet werden, – zumindest dann, wenn es beim vereinbarten Ausstieg bleibt. In Neckarwestheim, Biblis A und B reicht die restliche Strommenge gerade mal bis Ende kommenden Jahres. Gelingt es, auf sieben Kraftwerke problemlos zu verzichten, wäre zumindest ein erster Beweis erbracht: Die Lichter gehen dadurch noch lange nicht aus. „Das zeigt: Wir brauchen die Atomkraft nicht“, sagt fröhlich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), der doch mit dem Thema so gerne Wählerstimmen gewinnen möchte. „Angesichts dieser Pannenserie sollte endlich auch die Kanzlerin ihre Position zur Hochrisiko-Technologie Atomkraft überdenken.“ Aus Gabriels Sicht schickt der Himmel die Stillstände.

Die Aufräumarbeit wird anderswo gemacht: in den Leitwarten der vier deutschen Übertragungsnetze. Sie müssen nun das Defizit ausgleichen - und sind doch bisher entspannt. „Die Kollegen in Brauweiler sehen keine Gefahr im Verzug“, sagt ein Sprecher der RWE-Netztochter, die in der Nähe von Köln die größte deutsche Netzware betreibt. Auch bei Vattenfall hält sich die Nervosität in Grenzen. Engpässe? „Das Problem stellt sich nicht heute und nicht morgen“, sagt eine Sprecherin. Im Zweifelsfall würden solche Lücken über das europäische Netz ausgeglichen. Aus dem ba-

den-württembergischen EnBW-Netz floss am Samstag zur Spitzenzeit sogar mehr Strom nach Frankreich als umgekehrt. Der Import-Bedarf Frankreichs dürfte angesichts großer Hitze noch steigen. Werden die Flüsse wärmer, müssen auch Akws gedrosselt werden, die sich nicht mehr ausreichend kühlen lassen.

Zumindest in Norddeutschland weht derweil eine frische Brise. Bis zu 5000 Megawatt Strom könnte sie Prognosen zufolge kommende Woche liefern - per Windkraft.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/482/481948/text/>

Kritik an Plänen für längere AKW-Laufzeiten

Oettinger und Koch wollen Kernkraftwerke nicht wie geplant abschalten

[*Süddeutsche Zeitung*, 13.7.2009] Der Störfall im Atomkraftwerk Krümmel hat die Debatte über die Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke neu entfacht. Die Forderung von CDU-Ministerpräsidenten, die geltenden Fristen für deutsche Atomkraftwerke (AKW) aufzuheben, stieß sowohl in der Union als auch beim Koalitionspartner SPD auf Widerstand. Offensichtlich bewerte die Union „die wirtschaftlichen Interessen der Atomwirtschaft höher als die Frage der Sicherheit der Bevölkerung“, sagte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) am Wochenende dem NDR. Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sagte dagegen der Bild am Sonntag: „Ob und wie lange ein Kernkraftwerk betrieben werden kann, sollten Ingenieure, Techniker und die Atomaufsicht entscheiden.“ Er sprach sich dafür aus, die Atomkraft in Deutschland noch mindestens ein bis zwei Jahrzehnte zu nutzen. Oettinger bekräftigte seine Ansicht, das Atomkraftwerk Krümmel sei trotz des neuen Störfalls „ein Kernkraftwerk, das dem Stand der Technik entspricht“. Auch wandte er sich gegen ein vorzeitiges Abschalten älterer Atomkraftwerke.

Ähnlich äußerte sich der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU). „Wir wollen alle politischen Laufzeitbeschränkungen aufheben“, sagte Koch dem Hamburger Abendblatt. Verärgert zeigte er sich aber über das Vorgehen des Energiekonzerns Vattenfall, der den Pannen-

Reaktor im schleswig-holsteinischen Krümmel betreibt. „Die Dummheit der Energiekonzerne in ihrer Kommunikation ist kaum noch beschreibbar“, sagte er. Solche Kraftwerks-Betreiber würden „unfreiwillig selbst zu den größten Gegnern der Kernkraft“.

Der saarländische Umweltminister Stefan Mörsdorf (CDU) verlangte dagegen im Spiegel, Reaktoren vom Typ Krümmel beschleunigt abzuschalten und ihre Reststrommengen auf jüngere Kernkraftwerke zu übertragen. Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) forderte in dem Magazin, die Laufzeiten für alle Atomkraftwerke pauschal „um jeweils mindestens acht bis zehn Jahre“ zu verlängern. Unbefristete Verlängerungen lehnte er aber ab.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich im Jahr 2000 mit den Betreibern auf Reststrommengen für die deutschen Kernkraftwerke geeinigt. Sind diese ausgeschöpft, müssen die Kraftwerke nach geltendem Recht abgeschaltet werden.

Gabriel forderte die Union auf, vor der Bundestagswahl für Klarheit über ihre atompolitischen Pläne zu sorgen. Er warf CDU und CSU vor, sich in dieser Frage „bei der Bundestagswahl durchmogeln“ zu wollen. Er bekräftigte seine Forderung nach der Abschaltung alter AKW, weil diese „in ihrer Sicherheitstechnik eben nicht besonders gut sind“. Bei Krümmel stehe zudem die Zuverlässigkeit des Betreibers Vattenfall in Frage.

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier (SPD) warf der Union vor, als „Sprachrohr der Atomlobby“ aufzutreten. Er warnte CDU und CSU in der Welt am Sonntag davor, die Ausstiegsvereinbarung in Frage zu stellen. SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, die Union wolle in Wahrheit den Neubau von Atomkraftwerken, auch wenn sie dies derzeit aus taktischen Gründen bestreite. SPD-Chef Müntefering sagte: „Was in Krümmel passiert ist, stinkt zum Himmel. Da kann ich nur sagen: Legt das Ding endlich still.“

Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast sagte dem Tagesspiegel, die acht unsichersten Atomkraftwerke in Deutschland einschließlich Krümmel könnten sofort stillgelegt werden, ohne dass es deswegen zu Stromengpässen komme. Laut einer Emnid-Umfrage für die Bild am Sonn-

tag sind 72 Prozent der Deutschen dafür, ältere Atomkraftwerke sofort abzuschalten.

www.sueddeutsche.de

8. ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Rechtsvorschriften zum „3. Energiepaket“

[EU-Umweltbüro, 20.08.2009, Wien] Die neuen Richtlinien und Verordnungen zur weiteren Liberalisierung des Gas- und Energiebinnenmarkts - das „3. Energiepaket“ – wurden im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und werden Anfang September in Kraft treten. Das Paket beinhaltet Vorschriften zur Entflechtung von Energiegewinnung und Vertrieb. Die Mitgliedsstaaten können Netzbetreiber dazu anhalten Energieerzeugern von Erneuerbaren Energien bevorzugten Zugang zu den Netzen zu gewähren. Die Vorschriften für den Gassektor fördern die Verwendung von Biogas.

Einzelne Verordnungen und Richtlinien finden Sie unter:

<http://www.eu-umweltbuero.at/eunews/index.htm>

Sommertour

„Vorfahrt für Erneuerbare Energien“

[Bundesverband Erneuerbare Energie e. V., 17.8.2009] Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) startete am 17.8. gemeinsam mit der Agentur für Erneuerbare Energien die Sommertour „Vorfahrt für Erneuerbare Energien“. Bis zur Bundestagswahl am 27. September wird das Tour-Team bundesweit rund 15 Wahlkreise besuchen und vor Ort über Entwicklung und Potenziale der regenerativen Energien informieren. Dazu gibt es öffentliche Podiumsdiskussionen mit den Wahlkreiskandidaten über die energiepolitischen Ziele ihrer Parteien. Zum Auftakt der Tour kam das Infomobil der Erneuerbaren, das mit reinem Biodiesel fährt, in den Wahlkreis Ostholstein. „In der nächsten Legislaturperiode werden wichtige Weichenstellungen vorgenommen: Geht der Umbau zu einer nachhaltigen Energieversorgung auf Basis heimischer Erneuerbarer Energien weiter oder

wird das Rad mit zusätzlichen Kohlekraftwerken und länger laufenden Kernreaktoren zurückgedreht? Wir wollen mit unserer Tour erreichen, dass die Kandidaten in den Wahlkreisen in der Energiepolitik Farbe bekennen und die Menschen erfahren, für welche der beiden Optionen sich ihre Volksvertreter im Falle eines Wahlsieges einsetzen“, erklärt BEE-Geschäftsführer Björn Klusmann.

Auf der Sommertour besuchen Repräsentanten der erneuerbaren Energien gemeinsam mit den örtlichen Bundestagskandidaten erfolgreiche Unternehmen der Branche in den Wahlkreisen. Darunter sind Windparks, Solarunternehmen, Biokraftstoffhersteller, Biogasanlagen und Zulieferbetriebe. Klusmann: „Damit wollen wir den Kandidaten die positiven Effekte der Erneuerbaren ganz konkret zeigen. Als dezentrale Technologien tragen sie in ihrer Region zur Wertschöpfung bei, schaffen Arbeitsplätze und ermöglichen dauerhaft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.“

Alle Informationen zur Sommertour unter

<http://www.bee-ev.de/Energiepolitik/Bundestagswahl-2009.php>.

Deutschlands erste Offshore-Windräder

[BMU-Pressedienst Nr. 263/09, 13. August 2009, Berlin] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat am 13. August die Baustelle des ersten deutschen Offshore-Windparks Alpha Ventus in der Nordsee besucht. In 30 Metern Wassertiefe rund 45 Kilometer vor Borkum verankert speisen die ersten fünf Windräder Strom ins Netz ein. „Der Bau solcher 150 Meter hohen Windriesen weit draußen im Meer ist nicht nur eine enorme Herausforderung an Technik und Logistik, sondern auch an die hier arbeitenden Menschen, die den harten Bedingungen auf See mit Mut und Zähigkeit trotzen“, so Gabriel. Bis Ende Oktober sollen im Bau-feld Alpha Ventus insgesamt zwölf Anlagen in Betrieb gehen, dann rund 50.000 Haushalte mit Strom versorgen.

Gabriel erwartet mit dem Bau seegestützter Windkraftwerke Investitionen von mindestens 100 Milliarden Euro und 30.000 neue Arbeitsplätze. „Darin liegt die größte Chance für die wirtschaftliche Entwicklung in den Küstenländern seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Der

Offshore-Markt kommt wie gerufen in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, von der auch die maritime Wirtschaft betroffen ist. Endlich werden beachtliche Investitionen der Industrie in Produktionsstätten und Logistik, aber auch der öffentlichen Hand in den Ausbau der notwendigen Hafeninfrastruktur getätigt“, so der Bundesumweltminister.

Alpha Ventus markiert den Start der Offshore-Windenergienutzung in Deutschland. Die deutschen Ausbauziele liegen bei bis zu 25.000 MW installierter Leistung bis 2030. Damit können etwa 15 Prozent des deutschen Strombedarfs gedeckt werden.

Mehr als 20 weitere Offshore-Windparks mit einer Leistung von insgesamt etwa 8.000 Megawatt (MW) sind schon genehmigt – darunter auch der erste Windpark des Emdener Unternehmens BARD Engineering „BARD Offshore 1“. Das Unternehmen fertigt Anlagen der 5-MW-Klasse für den Offshore-Bereich und bereitet derzeit die Montage seines ersten 400 MW-Offshore-Windparks in der Nordsee vor. Gabriel zeigte sich beim Besuch der Produktionsstätten in Emden beeindruckt von der Innovationskraft des Unternehmens.

Mit Bau und Betrieb des ersten Offshore-Windparks in deutschen Gewässern sollen Erfahrungen gewonnen werden, von denen alle künftigen Offshore-Windparks profitieren. Das Bundesumweltministerium hat deshalb eine Forschungsinitiative gestartet und wird die Forschung im Testfeld mit insgesamt 50 Millionen Euro unterstützen. Jeweils sechs Anlagen der so genannten Multi-Megawatt-Klasse werden von den beiden deutschen Unternehmen Multibrid und REpower für den Park geliefert. Investor und Betreiber ist ein Konsortium aus RWE, E.ON und Vattenfall, das die Rechte an dem Standort von der Stiftung Offshore Windenergie gepachtet hat.

<http://umweltenergie.blogspot.com/2009/08/bmu-pressdienst-nr-26309.html>

Bloß nicht auf Merkel warten

[Adriane Seliger, *Der Freitag*, 1.8.2009] Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen muss ich entnehmen, dass das Bundesministerium des Inneren nur ganze zwei Prozent Recycling-Papier verwendet. Für das

Bundeskanzleramt sind sogar null Prozent ausgewiesen. Null Prozent: Das ist nicht viel.

Und das, obwohl Umweltminister Sigmar Gabriel noch vor kurzem salbungsvoll erklärte: „Bei unserer Vision, Deutschland zur ressourceneffizientesten Volkswirtschaft zu machen, weist Recyclingpapier wegen seiner vielfältigen Vorteile beispielhaft den Weg.“ Liest etwa die Kanzlerin nicht die Pressemitteilungen ihres Umweltministers?

Gabriel erklärte anlässlich der diesjährigen Paperworld mit dem Motto „Green Office“ auch, dass sich mit Recycling-Papier im Vergleich zu Frischfaserpapier jeweils rund 60 Prozent Energie und Wasser einsparen lassen. Verdruckt man 1.000 Blatt Recycling-Papier, kann man zum Ausgleich 70 Computer mit Flachbildschirm einen ganzen Tag lang laufen lassen.

Allerdings fürchte ich, dass nicht nur Angela Merkel, sondern auch sonst niemand die Pressemitteilungen des Bundesumweltministers liest, was gegen deren Ökobilanz spricht, obwohl sie zu 100 Prozent auf Recycling-Papier gedruckt sind. Denn auch bei den in Deutschland angebotenen Schulheften ist die Quote wiederverwerteten Papiers nur bei fünf bis zehn Prozent, wie die Grüne Liga jetzt beklagte. Bei 200 Millionen verkauften Heften pro Jahr ist das eine Menge Holz: „Jeder fünfte Baum endet in der Papierfabrik“, erklärte der Umweltverband.

Es ist ein bisschen wie mit der Energiesparlampe. Recyclingpapier hat laut Statistik wahnsinnig viele ökologische Vorteile, aber am Markt setzt es sich trotzdem nicht durch. Statistisch braucht jeder 256 Kilogramm Papier pro Jahr. Nach Angaben des BUND sind aber nur 20 Prozent der in deutschen Büros genutzten Blätter recycelt. Würde die Quote auf 50 Prozent gesteigert, könnte die Abwassermenge einer Stadt mit 45.000 Einwohnern eingespart werden. „Recyclingpapier genügt schon seit Mitte der neunziger Jahre professionellen Ansprüchen“, betont der Umweltverband. „In Kopierern und Druckern funktioniert es einwandfrei.“ Und: „Wer auf Recyclingpapier setzt, kann bis zu 20 Prozent Papierkosten sparen.“

Was aber erklärt uns die Bundesregierung zur Rechtfertigung der Null-Quote im Kanzleramt? „Gründe für den Nichteinsatz von Recycling-

papier können technischer Art sei, beispielsweise entstanden beim Einsatz dieses Papiers vermehrt Funktionsstörungen und häufige Ausfälle bei Druckern, Vervielfältigungssystemen und Faxgeräten, was zu einem erhöhten Wartungsaufwand führte. Aber auch Kostenfaktoren spielen eine Rolle. So bestehen insbesondere bei Hochleistungsrecyclingpapier deutlich höhere Preise.“

Ein Quentchen Trost hat die Regierung trotzdem: „Es ist aber zu erwarten, dass in Zukunft aufgrund der technischen Weiterentwicklung (zum Beispiel höhere Weißgrade, bessere Laufeigenschaften) der Einsatz von Recyclingpapier weiter gesteigert werden kann.“ Das Innenministerium beabsichtigt demnach eine Umstellung auf eine „100-prozentige Versorgung des Hygienepapiers aus Recyclingpapier“. Das ist doch schon mal ein Anfang. Nur Merkel stellt sich noch bockig: „Das Bundeskanzleramt bleibt bei der bisherigen Papierversorgung.“

Es ist also so, wie es immer ist: Nicht auf Merkel warten, nur selber machen macht schön.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen ist hier abzurufen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/132/1613252.pdf>

Der Artikel aus dem Freitag entnehmen Sie der Webpage:

<http://www.freitag.de/community/blogs/adriane-seligier/bloss-nicht-auf-merkel-warten>

Umweltminister Ed Miliband will bis zu vier Kohlekraftwerke bauen lassen

[Britische Botschaft Berlin, August 2009, Berlin]
Neue Kohlekraftwerke, deren Emissionen gegen Null gehen, und ein Großbritannien, das bei der Entwicklung von CCS-Technologie (CO₂-Abscheidung und -Speicherung) die Führung übernimmt – das sind die Kernpunkte der Zukunftsvision, die Ed Miliband, Minister für Energie und Klima, am 23 April 2009 vor dem Unterhaus präsentierte. Er stellte seine Pläne für CO₂-arme fossile Brennstoffe vor. Diese müssen nun noch von dem Parlament verabschiedet werden. Zusätzlich zu dem von der Regierung ausgeschriebenem Wettbewerb für den Bau einer CCS-Demonstrationsanlage mit nachgeschalteter CO₂ Abspaltung (Post-Combustion) sollen bis zu drei weitere CCS-Projekte gefördert werden, die

auch vorgeschaltete CO₂ Abspaltung (Pre-Combustion) erproben. Die neuen Demonstrationsprojekte sollen durch einen Anreiz-Mechanismus gefördert werden. Die Nachrüstung von Kohlekraftwerken mit CCS-Technologie soll innerhalb von fünf Jahren mit CCS-Technologie nachgerüstet werden, nachdem ein unabhängiges Gutachten die Technologie für technisch und wirtschaftlich bewährt erklärt hat. Bei diesem Gutachten wird die Britische Umweltagentur eine entscheidende Rolle spielen.

Die Maßnahmen werden dazu beitragen, in Großbritannien eine technologisch hoch entwickelte

CO₂-arme Industrie zu schaffen: CCS-Cluster sollen in den Regionen entstehen, in denen wir die größte Emissionsminderung zu den geringsten Kosten erreichen können, z.B. an der Themse, sowie in den Mündungsbereichen von Humber, Tees, Forth und Mersey. Die Öl- und Gas-Industrie in der Nordsee kann von den Möglichkeiten der Offshore-CO₂-Einlagerung profitieren. Neue Prognosen lassen darauf schließen, dass bis 2030 durch Emissionsminderungstechnologien 50.000 Arbeitsplätze zusätzlich entstehen werden. Neue Kraftwerke sollen nur genehmigt werden, wenn sie CCS-ready sind und Kriterien wie genügend Platz zur CCS-Nachrüstung, Ausweisung eines potenziellen Offshore-Lagers für das Kohlendioxid, Ausweisung eines potenziellen Transportwegs vom Kraftwerk zur Lagerstätte und keine vorhersehbaren Hindernisse für die CCS-Nachrüstung erfüllen:

Umweltminister Ed Miliband erklärte: „Die Zukunft der Kohle in unserem Energie-Mix konfrontiert uns mit einem echten Dilemma: Kohle ist ein schmutziger Brennstoff, der aber überall in der Welt genutzt wird, weil er billig ist und genügend Flexibilität bietet, um Schwankungen im Strombedarf aufzufangen. Zur Sicherung der Vielfalt unseres Energie-Mixes brauchen wir neue Kohlekraftwerke, aber nur solche, die mit einer CO₂-armen Zukunft vereinbar sind.“

CCS ist die einzige Technik, die das Potenzial besitzt, die CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen um bis zu 90% zu reduzieren. Aber die Anstrengungen zur Entwicklung dieser Technik müssen weltweit vorangetrieben werden, und Großbritannien ist gut positioniert, bei diesen Veränderungen eine führende Rolle zu übernehmen.

Dies signalisiert das bevorstehende Ende der Ära ungewaschener Kohle und den Beginn einer neuen, CO₂-armen Zukunft für die Kohle mit CCS. Wenn es uns ernst ist mit der Bekämpfung des Klimawandels und der Erhaltung eines vielseitigen Energie-Mixes für unsere Wirtschaft, gibt es keine Alternative zur CCS-Technologie.“

<https://ukingermany-sta-ge.fco.gov.uk/resources/de/pdf/5580203/5580209/miliband-kohlekraftwerke>

Wal-Mart springt auf Öko-Zug **Umwetlabel soll in Mega-Projekt jedes einzelne Produkt zieren**

[*klimawandel.de*, 17.07.2009] Der weltgrößte Einzelhändler Wal-Mart hat den Öko-Trend entdeckt. Im Zuge eines gigantischen Projekts will der US-Konzern künftig jedes einzelne Produkt in seinen Regalen mit einem Umwetlabel versehen, das den grünen Ursprung seiner Ware ausweisen soll. Wie US-Medien berichten, wären Verbraucher dadurch in der Lage einzuschätzen, wie nachhaltig und umweltfreundlich die angebotenen Artikel hergestellt wurden. Allerdings dürften damit neben einem enormen Aufwand auch entsprechende Kosten für Lieferanten und Konsumenten verbunden sein. In den voraussichtlich Jahre dauernden Prozess soll die gesamte Zulieferkette eingebunden werden. Somit müssten weltweit rund 100.000 Lieferfirmen etwa Design-Änderungen an Hunderttausenden Produkten vornehmen.

„Der Aufwand für ein derartiges Projekt ist unvorstellbar. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Zulieferer angesichts des Preiskampfs im Einzelhandel die anfallenden Kosten stemmen können. Dennoch erweist sich Wal-Mart in der Branche einmal mehr als Vorreiter“, meint Patrick Müller-Sarmiento, Einzelhandelsexperte bei der Unternehmensberatung Roland Berger, im Gespräch mit presstext. Angesichts des riesigen Wal-Mart-Sortiments sei fraglich, ob das Vorhaben durchführbar sei. „Das Thema wird in Zukunft aber noch stärker kommen. Der Verbraucher wird immer mündiger und will wissen, was in den Produkten enthalten ist, die er konsumiert“, betont der Fachmann. Gerade im Bereich Ernährung hätten speziell die USA einen hohen Aufholbedarf an

Bewusstseinsbildung.

Europäischen Einzelhandelsketten könne das Modell nach Ansicht des Experten ebenso als Vorbild dienen. „Es ist war kaum denkbar, das Projekt flächendeckend über alle Produktsegmente hinweg anzuwenden. Besonders in den Bereichen Gesundheit und Ernährung sind ähnliche Vorhaben jedoch bestimmt ein Zukunftsthema“, so Müller-Sarmiento gegenüber presstext. Wal-Mart will darüber hinaus für einen niedrigeren Energieverbrauch und weniger Müll sorgen sowie nachhaltige Produkte vorstellen. Dazu hat die Handelskette ihre Zulieferer in einem ersten Schritt jedoch erst mit der Kalkulation der Umweltkosten bei der Herstellung beauftragt. Diese Informationen sollen den Plänen zufolge in eine Bewertung einfließen, die Verbrauchern neben den üblichen Produktpreisen ausgewiesen werden sollen. Welche Kosten auf Zulieferer und Konsumenten warten, sei derzeit noch nicht absehbar. Selbst die Gestaltung und die vermittelten Informationen des Umwetlabels seien noch nicht festgelegt. Wal-Mart selbst geht davon aus, dass der Prozess vor dem Projektstart noch zumindest fünf Jahre oder länger dauern dürfte.

<http://www.klimawandel.de/Oekologie-und-Umwelt/Handelsriese-Wal-Mart-springt-auf-Oeko-Zug.html>

Desertec: Sonnige Zukunft **Zwölf Unternehmen wollen Energie aus der Wüste holen**

[*Thomas Fromm, Süddeutsche Zeitung*, 14.7.2009] Die Weichen sind gestellt, auch wenn viele Fragen noch offen sind: Europa will künftig große Teile seiner Energieversorgung aus afrikanischen Wüsten beziehen. Die Details für das sogenannte Desertec-Projekt sollen in den nächsten drei Jahren erarbeitet werden. Eine entsprechende Planungsgesellschaft mit dem Namen DII Planungsgesellschaft soll bis zum 31. Oktober als GmbH gegründet werden.

Wie die zwölf an der Desertec-Initiative beteiligten Unternehmen am Montag in München mitteilten, soll es in den nächsten Jahren vor allem um die Frage gehen, wie das bis zu 400 Milliarden Euro teure Projekt finanziert werden soll. Zu den Unterzeichnern der Grundsatzvereinbarung gehören Konzerne wie der Versicherungskonzern

Münchener Rück, die Deutsche Bank, Siemens sowie die Energieversorger RWE und Eon. Mit der Firma Cevital ist auch ein algerisches Unternehmen beteiligt. Im Laufe der Zeit sollen sich weitere Unternehmen dem Konsortium anschließen können. Am Anfang dürfte es jedoch erst einmal bescheiden zugehen: Der Gesellschaft stehen für die Planungen zunächst 1,8 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu kämen Aufwendungen für Beratungsdienstleistungen und wissenschaftliche Studien. Das Geld dafür müssten zunächst die beteiligten Unternehmen selbst aufbringen.

Ziel der Initiative, die auf Ideen des Club of Rome zurückgeht, ist es, in Wüstenregionen bis zum Jahr 2050 rund 15 Prozent des europäischen Strombedarfs in so genannten solarthermischen Kraftwerken herzustellen. Die Energie soll dann über Gleichstrom-Hochspannungsnetze nach Europa transportiert werden. Wie die beteiligten Unternehmen in München erklärten, sollen die einzelnen Teilprojekte nacheinander gebaut und finanziert werden.

Geklärt werden muss nicht nur, wo diese Anlagen aufgestellt werden können, sondern auch, über welche Länder der Strom dann nach Europa geleitet wird. Genau hier setzen die Kritiker an: Sie sorgen sich nicht nur um die politische Stabilität in den betroffenen nordafrikanischen Ländern, sondern befürchten langfristig auch eine stärkere politische Abhängigkeit Europas von diesen Ländern.

Auf die Planer kommen daher schwierige Jahre zu. Noch ist vollkommen offen, in welcher Form auch die Erzeugerländer in Afrika etwas von dem Projekt haben werden. Münchener-Rück-Vorstand Torsten Jeworrek erklärte bei der Gründung der Initiative jedoch, man sei daran interessiert, alle Staaten der Region mit einzubeziehen. Die Erzeugerländer sollten selbst einen großen Teil ihres eigenen Strombedarfs mit Hilfe der neuen Kraftwerke abdecken können.

http://archiv.sueddeutsche.apa.at/sueddz/index.php?id=A45507908_OGTPOGWPPTPCORGEAAR_AGEAETRRGRSSPHCEC

9. LINKS, PUBLIKATIONEN, STUDIEN

Atomenergie ist international auf dem Rückzug

[Bundesumweltministerium, 27.8.2009] Der Anteil der Atomenergie am Energieverbrauch ist weltweit nahezu unbedeutend und nimmt seit mehreren Jahren weiter ab. Die vielfach proklamierten Atom-Ausbauprogramme scheitern an den wirtschaftlichen und technischen Realitäten. Das belegt der am 27.8.2009 vom Bundesumweltministerium veröffentlichte „Welt-Statusbericht Atomindustrie 2009“. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: „Die von den Propagandisten der Atomenergie immer wieder behauptete Renaissance der Atomenergie findet nicht statt, es gibt allenfalls eine Renaissance der Ankündigungen. Die Untersuchung zeigt: weltweit gehen mehr alte Atomkraftwerke vom Netz als neue in Betrieb genommen werden. Verfügbare Ressourcen, Ingenieurleistungen und Kapital reichen nicht einmal aus, den Abwärtstrend aufzuhalten, geschweige denn, die Zahl der Reaktoren zu vergrößern. Alles spricht dafür, aus dieser Technologie auszusteigen und gleichzeitig die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz auszubauen, denn das hat Zukunft.“

In der Studie tragen die Autoren unter der Projektleitung von Mycle Schneider, Paris, die wesentlichen quantitativen und qualitativen Fakten hinsichtlich der heute weltweit betriebenen, in Bau und in Planung befindlichen Atomkraftwerke zusammen und beurteilen die Wirtschaftlichkeit früherer und heutiger Atomkraftwerke.

Bei Redaktionsschluss am 1. August 2009 gab es weltweit 435 betriebene Reaktoren, das sind neun weniger als 2002. Atomkraft macht lediglich ungefähr 5,5 Prozent der weltweit verbrauchten kommerziellen Primärenergie und nur etwa 2 Prozent der weltweit genutzten Endenergie aus – der Trend weist seit mehreren Jahren kontinuierlich nach unten.

Die Autoren der Studie stellen fest, dass die Anzahl der Atomkraftwerke in den nächsten Jahrzehnten weltweit abnehmen wird. Die Gesamtleistung der Atomkraftwerke wird zwischen 2015 und 2025 gegenüber der heutigen Leistung

voraussichtlich sinken.

Auch potentielle Newcomer im Kreis der Atomenergiestaaten werden den Abwärtstrend der Atomenergie nicht umkehren können. Diese Staaten werden in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht die erforderlichen technischen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ein ziviles Atomprogramm schaffen können. In den meisten dieser Staaten fehlt außerdem ein Stromnetz, das die Produktion eines größeren Reaktors überhaupt aufnehmen und verteilen könnte.

Die Studie „Welt-Statusbericht Atomindustrie 2009 unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher Fragen“ kann vom Internet abgeladen werden unter www.bmu.de

Umfrage zeigt: Grüne Jobs und Erneuerbare Energie können Wahl entscheiden

Die Bundestagswahl rückt näher und Deutschland sucht die KlimakanzlerIn

[*klima-allianz, August 2009, Berlin*] Während sich Deutschland auf die Bundestagswahlen in diesem Monat vorbereitet, könnte laut einer deutschlandweiten Infratest-dimap-Umfrage der Klimawandel den Ausschlag geben. Die Studie wurde von der neuen Kampagne KlimakanzlerIn gesucht in Auftrag gegeben. Mehr als neun von zehn Wählern (92%) gaben an, dass der Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft mit Millionen neuer Arbeitsplätze wichtig für ihre Wahlentscheidung sei – mehr als die Hälfte sagten sogar, dies sei sehr wichtig.

„Klimawandel und grüne Jobs sind die vernachlässigten Themen dieser Wahl“, sagte Ricken Patel, Direktor der globalen Kampagnenorganisation Avaaz.org, bei der Vorstellung der Umfrage in Berlin. „Die Öffentlichkeit verlangt in diesen kritischen Bereichen mehr von der Politik – und die Parteien, die darauf nicht reagieren, könnten Millionen noch unentschiedene Wähler verlieren.“

Fast vier von zehn Personen (39%), die momentan keine CDU/CSU-Unterstützer sind, erwägen der Studie zufolge die Union zu wählen, falls Merkel grüne Jobs, erneuerbare Energie und eine internationale Führungsrolle bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen zu ihrem zentralen

Wahlkampfthema macht. Mehr als ein Drittel (35%) derer, die diese Aussage treffen, sind gegenwärtig Unterstützer der SPD. Noch höher ist diese Zahl bei Nicht-SPD-Unterstützern (41%), die angeben, sie würden die SPD favorisieren, falls Steinmeier dies tue; diese Aussage gilt sogar für ein Fünftel (20%) der CDU/CSU-Unterstützer. Diese Zahlen sind noch höher in der wichtigen Gruppe der 18-29 Jährigen. Hier sagt ungefähr die Hälfte (47% derer, die nicht die CDU/CSU unterstützen und 56% der Nicht-SPD-Unterstützer), dass eine entschiedener Klimapolitik ihre Wahlentscheidung beeinflussen würde.

„Ein entscheidender Teil der Bevölkerung ist als ‚Klimawähler‘ einzuschätzen“, sagte Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, der die Klima-Allianz vertritt. „Die jüngsten Landtagswahlen haben gezeigt, wie knapp das Rennen zwischen möglichen Koalitionen werden kann. Die Klimawähler können die Wahl entscheiden.“

Ganze 84% der Deutschen gaben an, dass der beste Weg zu langfristigem Wachstum über eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik und grüne Jobs führe. Dass eine entschiedene Klimapolitik der Wirtschaft eher helfen als schaden würde, hielten 62% der Befragten für richtig (gegenüber lediglich 14%, die zur gegenteiligen Ansicht neigten). Zudem nennt eine überwältigende Mehrheit ‚erneuerbare Energien‘ als bevorzugte Antwort auf Deutschlands zukünftigen Energiebedarf – sogar 81% der Wähler sehen die Erneuerbaren als die wichtigste Energielösung, verglichen mit nur 7% für Atomenergie, 4% für Gas, 3% für Öl, und 2% für Kohle.

„Die Menschen verstehen: Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung laufen nicht gegeneinander“, sagte Jürgen Maier, Geschäftsführer beim Forum Umwelt und Entwicklung und Vertreter der Klima-Allianz. „Für die Wähler ist klar, dass saubere Energie und klimafreundliche Politik der einzige Weg zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum ist.“

KlimakanzlerIn gesucht ist eine gemeinsame Kampagne von Die Klima-Allianz, Avaaz.org und E3G. Die Klima-Allianz ist ein Zusammenschluss von über 100 Organisationen, einschließlich Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Die Kampagne ruft die Kanzlerkandidaten auf, sich

für Millionen neuer grüner Jobs einzusetzen und sich zum verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien und einer deutschen Führungsrolle bei den internationalen Klimaverhandlungen zu bekennen.

Für weitere Informationen benutzen Sie die Kampagnenwebsite unter:

www.klimakanzlerin-gesucht.de

Konjunkturpakete in Europa - Beitrag zu Nachhaltiger Entwicklung?

[EU-Umweltbüro, 20.8.2009, Wien] Im Auftrag des Lebensministeriums hat das Ecologic Institut eine Analyse der Konjunkturpakete in sechs EU Mitgliedsstaaten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Österreich und Slowenien – veröffentlicht. Das Projekt konzentriert sich dabei auf das Potenzial dieser Pakete, die Umsetzung der EU Nachhaltigkeitsstrategie und der Lissabon Strategie zu unterstützen. Das Papier kommt zu dem Ergebnis, dass jetzt ein perfekter Moment wäre, die tieferen Ursachen für mangelnde Nachhaltigkeit zu bekämpfen. Diskutiert wird auch, inwiefern Ursachen von Wirtschafts- und Umweltkrise zusammenwirken wie z. B. Zersiedlung, unterregulierte Finanzmärkte oder ineffizienter Ressourceneinsatz.

Die Studie können Sie lesen unter:

http://www.ecologic.eu/download/projekte/200-249/221-09/ESDN_Recovery_Report.pdf

Greenpeace stellt Spitzenkandidaten auf den Prüfstand

[Greenpeace, 4.8.2009, Hamburg] Greenpeace hat einen „Wahlkompass Umweltpolitik“, in dem die Spitzenkandidaten der großen Parteien 21 Fragen aus sieben Themenbereichen der Umwelt- und Klimapolitik beantworten, veröffentlicht. Den Wählern werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Parteipositionen aufgezeigt. Denn in den wortreichen Wahlprogrammen der Parteien finden sie oft keine Antworten auf konkrete Fragen. Wie ernst ist es den Parteien mit dem Klima- und Umweltschutz? Sollen in Deutschland neue Kohlekraftwerke gebaut werden? Sollen die deutschen Atomkraftwerke länger laufen als vereinbart? Brauchen wir Gentechnik in der Landwirtschaft? Muss es auf Autobahnen ein Tempolimit geben?

„Blickt man in die Wahlprogramme der Parteien, sind alle irgendwie für Klima- und Umweltschutz. Bei genauerem Nachfragen aber wird deutlich, dass es erhebliche Unterschiede gibt“, sagt Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace. „Die Bundestagswahl im Herbst ist eine Richtungswahl. Die Entscheidung der Wähler wird auf Jahre hinaus festlegen, wie es in Deutschland mit dem Klimaschutz, mit den Atom- und Kohlekraftwerken, mit dem Naturschutz oder mit der Gentechnik auf dem Acker weiter geht.“

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat die Kandidaten zu den Themenfeldern Umwelt und Wirtschaft, Klimawandel, Atomenergie, Verkehr, Urwaldschutz, Meeresschutz und Landwirtschaft befragt. Die Spitzenkandidaten Frank-Walter Steinmeier, Guido Westerwelle, Renate Künast und Oskar Lafontaine haben Antworten geschickt. Lediglich Bundeskanzlerin Merkel lehnte es ab, persönlich zu antworten. Für die CDU antwortete Generalsekretär Pofalla.

„Umwelt- und Klimapolitik sind längst keine ökologischen Nischenthemen mehr. Politik und Öffentlichkeit starren auf die Wirtschaftskrise, obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Klimawandels weitaus schlimmer sein werden“, so Krug. „Vor allem beim Thema Klimaschutz und Energieversorgung aber scheuen sich einige Politiker, ihren Wählern unbequeme Wahrheiten mitzuteilen und unpopuläre Positionen zu vertreten. Die Wähler sollten sehr genau prüfen, ob die Partei ihrer Wahl wirklich zukunftsfähige Konzepte bietet.“

Den „Wahlkompass Umweltpolitik“ finden Sie hier:

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/wir_ueber_uns/Wahlkompass_15_RZ.pdf

Atomkraft abwählen!

[Umweltinstitut München e. V., 17.8.2009] Im Superwahljahr werden die Weichen für die künftige Energiepolitik gestellt. Das Umweltinstitut München will den Ausstieg aus dem Atomausstieg verhindern. Darum hat das Institut die Faltblattaktion „Atomkraft abwählen!“ gestartet. In dem Faltblatt werden Aussagen der Atomlobby kurz und knackig widerlegt.

Weitergehende Informationen zu diesem Thema finden Sie hier:

<http://umweltinstitut.org/atomabwahlen>

Video zur Atomfrage

Im Internet kursiert ein kreativer Appell zur Wahl zu gehen. Per Video wird folgende Situation simuliert: Nur Stunden nach der Bundestagswahl ist die Republik in Aufruhr über das rücksichtslose Verhalten eines einzelnen Nichtwählers. Er hat damit die Wahl entschieden und die Energie-wende verhindert:

<http://www.deine-stimme-hat-die-wahl-entschieden.de/video.php>

Hintergrundinformation für eine Beschleunigung im Atomausstieg

[Bundesumweltministerium, 10.7.2009, Berlin]

Das Bundesministerium für Umwelt veröffentlichte am 10. Juli 2009 eine Hintergrundinformation zum Thema „Beschleunigter Atomausstieg“. Hier informiert das BMU über die geringe Rolle der globalen Atomenergie, vergleicht international die Atomaufsichtsbehörden, begründet Veränderungen im Atomgesetz und plädiert für eine Machbarkeit des Atomausstiegs. Ziel einer Veränderung des Atomgesetzes ist die Senkung der externen Kosten, die aus der risikoreichen Nutzung der Atomenergie erfolgen. „Zudem wird der Bund für Stilllegung und Rückbau von kerntechnischen Anlagen – einschließlich voraussichtlicher Kosten für die Atommüll-Endlager Asse und Morsleben – mit über 7 Milliarden Euro belastet. Gleichzeitig gibt es einen Finanzierungsbedarf zur Erreichung des Ziels der Bundesregierung, die Energieproduktivität der deutschen Wirtschaft bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 1990 zu verdoppeln.“

Das gesamte Papier der Hintergrundinformationen für einen beschleunigten Atomausstieg erhalten Sie unter

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/hintergrund_atomkraft_lang_bf.pdf.

Übergang Ertrags- und Verwaltungshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf Bund

[Bundesministerium für Finanzen, 1.7.2009, Berlin] Mit dem 1. Juli 2009 ist nach dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108) vom 19. März 2009 (BGBl. I S. 606) die Ertrags- und Verwaltungshoheit für die Kraft-

fahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund übergegangen.

Bezug nehmend auf § 18a des Finanzverwaltungsgesetzes wurde angeordnet, dass die von den obersten und mittleren Finanzbehörden der Länder bis zum 30. Juni 2009 zur Ausführung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes erlassenen Verwaltungsanweisungen auch nach dem Übergang der Verwaltungshoheit auf den Bund bis auf weiteres anzuwenden sind.

Auf den Webseiten des BMF finden Sie das BMF-Schreiben auf:

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_290/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/BMF_Schreiben/Veroffentlichungen_zu_Steuerarten/kraftfahrzeugsteuer/001_a_templateId=raw.property=publicationFile.pdf

Taxation Trends in the European Union

Die Europäische Kommission hat die Daten über die Steuereinnahmen aller 27 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen in dem fast 450 seitigen Buch „Taxation Trends in the European Union – Data for the EU Member States and Norway.“ veröffentlicht. Es bietet eine Übersicht über Steuern unterschiedlicher Einordnung: die Arten von Steuern wie direkte oder indirekte Steuern, die Regierungsebenen und über ökonomische Funktionen. Unter dem folgenden Link können Sie die Übersicht herunterladen:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DU-08-001/EN/KS-DU-08-001-EN.PDF

10. TERMINE

FÖS-Konferenz

9. Oktober 2009, Bonhoeffer-Haus Berlin

Das FÖS lädt am 9. Oktober 2009 von 10 bis 17 Uhr ins Bonhoeffer-Haus in Berlin zur Konferenz „Ökonomische Instrumente im Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit – Europäische Vorbilder und Perspektiven für Deutschland“ ein. In drei verschiedenen Workshops zu den Themen Flugsteuer, Dienst- und Firmenwagenprivilegien und Kernbrennstoffsteuer werden namhafte Vertreter aus europäischen Ländern über ökonomische Instrumente im Umweltschutz diskutieren.

Während einer Podiumsdiskussion werden Instrumente zur Umsetzung empfohlen und ausgestaltet. Weiterhin soll diskutiert werden, wie die Einführung dieser Instrumente vorangetrieben werden soll.

Das Programm der Konferenz und weitere Informationen erhalten Sie auf der FÖS-Homepage: <http://www.foes.de/veranstaltungen/dokumentationen/2009/berlin-9102009/>

11. FREIE STELLEN

Teamassistentin in der FÖS-Geschäftsstelle

Wir suchen als Teamassistentin in unserer Geschäftsstelle für die Dauer von drei Monaten eine/n PraktikantIn. Arbeitsbeginn ist Ende Februar 2010. Mögliche Aufgaben werden sein: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Veranstaltungs- und Büroorganisation. Das umfasst Tätigkeiten wie die Mitarbeit bei der Erstellung unseres deutsch- oder englischsprachigen Newsletters, Unterstützung bei der Vorbereitung von Konferenzen und Fachgesprächen sowie Zuarbeit beim Verfassen von Studien. Zu den weiteren Aufgabenbereichen gehört die Aktualisierung der Homepage, der Materialversand, die Mitgliederbetreuung, Internetrecherche oder die Pflege der Access-Datenbank. Bevorzugt gesucht werden Studierende der Fachrichtungen Wirtschafts-, Politik- und Umweltwissenschaften. Erfahrung in der Anwendung einschlägiger Computerprogramme, Formulierungssicherheit im Deutschen und gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift, Organisationstalent und die Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten sind wichtige Kriterien für die Auswahl unserer PraktikantInnen. Bewerbungen samt Lebenslauf, Foto und aussagefähiger Zeugnisse richten Sie bitte (gerne per Email) an die FÖS-Geschäftsstelle. (E-Mail: foes@foes.de)

Weitere Informationen zum Angebot und zur Geschäftsstelle unter www.foes.de.

Referent/in und Campaigner/in für Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Das Umweltinstitut München e. V. sucht eine/n Referent/in und Campaigner/in für Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit den Aufgaben:

- Entwicklung und Umsetzung strategischer Ansätze einer ökologischen, nachhaltigen, regionalen bäuerlichen Landwirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der globalen Klima- und Ernährungssituation
- Networking im politischen Umfeld und strategische PR
- Erstellung fachspezifischer Materialien wie Broschüren, Flyer, Homepage

Fertigkeiten und Kenntnisse:

- Solide Kenntnisse in ökologischer Landwirtschaft und Agrarpolitik, gern auch in Energie-/Klimaschutzfragen
- Kampagnenerfahrung und/oder nachweisliches umweltpolitisches Engagement

Bitte richten Sie Ihre Bewerbungen an:

Umweltinstitut München e.V.

Harald Nestler

Landwehrstr. 64 a

80336 München

Das gesamte Stellenangebot zum Nachlesen unter:

<http://umweltinstitut.org/ueber-uns/ueber-uns/jobs/praktikum-438.html>

Studentische/n Mitarbeiter/in Praktikant/in

Adelphi Consult ist ein Unternehmen für angewandte Forschung und Beratung mit den Schwerpunkten Umweltpolitik und betriebliches Umweltmanagement mit Sitz in Berlin.

Für die Mitarbeit im Bereich Finanzdienstleistungen und Umwelt-/Klimaschutz wird ab sofort zur Verstärkung des Teams in Berlin eine/n kompetente/n und engagierte/n studentische/n Mitarbeiter/in/Praktikant/in gesucht.

Zu den Aufgaben gehören die Unterstützung bei der Planung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Mitwirken bei der Erstellung von Flyern, Broschüren etc., Pflege der Website, inhaltliche Recherchen zum Thema Klimaschutz und Finanzdienstleistungen sowie die Unterstützung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Bitte senden Sie uns Ihre Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Referenzen und Zeugnisse) unter der Angabe Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins unter der Referenznummer FI/510/ST per E-Mail an: fiedler@adelphi-consult.com. Nähere Informationen zum Stellenangebot unter der Homepage: www.adelphi-consult.com